

Der Regierende Bürgermeister von Berlin
Senatskanzlei

Geschäftsverteilung des Senats von Berlin (GV Sen)

Vom 20. Februar 2007

SKzl III GN

Telefon: 9026-2274 oder 9026-0, intern 926-2274

Der Senat von Berlin hat in seiner Sitzung am 20. Februar 2007 nachstehende, vom Regierenden Bürgermeister vorgelegte Geschäftsverteilung zur Kenntnis genommen:

Geschäftsverteilung des Senats

Jedes Senatsmitglied ist zuständig für

1. Einzelpersonalangelegenheiten der in seinem Geschäftsbereich tätigen Dienstkräfte;
2. Aufgaben der obersten Dienstbehörde;
3. Aufgaben der obersten Verwaltungsbehörde im Sinne des § 5 Abs. 1 Satz 2 SGB VI;
4. Aufgaben der für die Ordnung der Laufbahnen zuständigen obersten Dienstbehörde nach Maßgabe des § 2 Abs. 5 Satz 1 des Laufbahngesetzes und der auf Grund von § 2 Abs. 5 Satz 2 des Laufbahngesetzes getroffenen Bestimmungen;
5. Förderung der Fortbildung in entsprechender Anwendung der für die Aufgaben nach vorstehender Nummer 4 getroffenen Zuständigkeitsabgrenzung;
6. Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) für Aufgaben seines Geschäftsbereichs, soweit nicht die Senatsverwaltung für Inneres und Sport zuständig ist;
7. Das Fachcontrolling innerhalb seines Geschäftsbereichs einschließlich der entsprechenden Bereiche der Bezirke;
8. Die Umsetzung des Gender-Mainstreaming-Ansatzes (EU-Gleichstellungs-Leitlinien) in seinem Geschäftsbereich;
9. Die Umsetzung von Maßnahmen zur Stärkung der Europafähigkeit der Verwaltung in seinem Geschäftsbereich.

I.

Zum Geschäftsbereich der **Regierenden Bürgermeisterin/des Regierenden Bürgermeisters – Senatskanzlei** – gehören:

1. Bestimmung und Fortentwicklung sowie Überwachung der Einhaltung der Richtlinien der Regierungspolitik; Planung und Konzeption in politischen Grundsatzangelegenheiten gemeinsam mit den Senatsverwaltungen; Koordinierung der Ressortpolitik;
2. Bildung und Abgrenzung der Geschäftsbereiche des Senats; Geschäftsverteilung des Senats; Ernennung und Entlassung der Mitglieder des Senats; Geschäftsordnung des Senats;
3. Führung der laufenden Geschäfte des Senats, der Staatssekretärskonferenz und des Rats der Bürgermeister, Beteiligung am Schriftverkehr der Senatsmitglieder mit dem Abgeordnetenhaus und seinen Ausschüssen; Verfahrensverantwortung für das Senatsinformations- und Dokumentationssystem (SIDOK);
4. Verkündung von Gesetzen;
5. Geschäftsstelle der Normprüfungskommission;
6. Protokollangelegenheiten des Senats, Ehrungen (einschließlich Anerkennung von Ehrengrabstätten); Emigranten-Besuchsprogramm; Patenschaften der Regierenden Bürgermeisterin/des Regierenden Bürgermeisters;

7. Presseangelegenheiten; Informations- und Öffentlichkeitsarbeit, Stadtinformationssystem;
8. Angelegenheiten Berlins als Hauptstadt, Regierungs- und Parlamentssitz;
9. Vertretung Berlins nach außen; Städteverbindungen Berlins mit dem Ausland;
10. Vertretung Berlins beim Bund;
11. Verkehr mit der Bundespräsidentin/dem Bundespräsidenten, den Präsidentinnen/Präsidenten des Bundestages und des Bundesrats, der Bundeskanzlerin/dem Bundeskanzler sowie der Verkehr von besonderer politischer Bedeutung mit den Bundesministerinnen/Bundesministern, Führung von Verhandlungen von besonderer politischer Bedeutung mit den Bundesbehörden, sofern sie gemäß § 3 Abs. 3 GGO II übernommen werden; Verkehr mit den Ministerpräsidentinnen/Ministerpräsidenten (Bürgermeisterinnen/Bürgermeistern) anderer Länder der Bundesrepublik gemäß § 4 Abs. 1 GGO II; Genehmigung von Auslandsdienstreisen der Senatsmitglieder, Zustimmung zur Genehmigung von Auslandsdienstreisen der Staatssekretärinnen/Staatssekretäre;
12. Bevollmächtigter der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit (1. Januar 2007 bis 31. Dezember 2010), Büro II des Bevollmächtigten;
13. Beauftragte/Beauftragter für Bürgerschaftliches Engagement; gesamtstädtische Koordinierung zu Fragen der Zivilgesellschaft und des Bürgerschaftlichen Engagements;
14. Europabeauftragte/Europabeauftragter, Grundsatzfragen der Europapolitik, Koordinierung der Zusammenarbeit mit Mittel- und Osteuropa, insbesondere mit den westpolnischen Wojwodschaften; Lenkungsgruppe Oder-Partnerschaft unter Einbeziehung Brandenburgs; Mitarbeit in europäischen Städtenetzwerken; Koordinierung der Fachpolitiken mit europäischem Bezug; Unterstützung bei der Nutzung europäischer Förderprogramme; Verbreitung des Europagedankens; Koordinierung der Maßnahmen zur Stärkung der Europafähigkeit in der Verwaltung einschließlich der Inanspruchnahme des Stellenmittelpools-Europa;
15. Vertretung Berlins bei der Europäischen Union (EU-Kommission, EU-Parlament, Europäischer Gerichtshof, Ausschuss der Regionen) und beim Europarat;
16. Verhandlungen mit den Ländern, soweit nicht eine andere Zuständigkeit ausschließlich begründet ist;
17. Verkehr mit deutschen Auslandsvertretungen, mit ausländischen Dienststellen im Ausland und ausländischen Vertretungen im Inland sowie mit zwischenstaatlichen Organisationen, den Stationierungstreitkräften und der Bundeswehr;
18. Koordinierung der Regionalpolitik – insbesondere Beziehungen Berlin-Brandenburg einschließlich der Wahrung der langfristigen strategischen Interessen an den Berliner Umlandflächen;
19. Führung der Personalakten der Mitglieder des Senats;
20. Dienstbehörde und oberste Dienstbehörde der Bezirksbürgermeister;
21. Dienstaufsicht über die Mitglieder des Landespersonalausschusses (§ 96 LBG);
22. Vorsitz des Staatssekretärsausschusses zur Steuerung der Verwaltungsmodernisierung in strategischen und ressortübergreifenden Angelegenheiten; Steuerungskreis zur Staatsaufgabenkritik;
23. Angelegenheiten des Deutschen Städtetages und anderer kommunaler Spitzenverbände mit Ausnahme der Vertretung Berlins in der Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände sowie der kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung;

24. Mitwirkung an der Aufstellung der Finanzplanung;
25. Rundfunkangelegenheiten einschließlich Rechtsaufsicht über den Rundfunk Berlin-Brandenburg und die Medienanstalt Berlin-Brandenburg;
26. Filmangelegenheiten und Filmförderung einschließlich der Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH;
27. Medienkulturelle Institutionen und Veranstaltungen, insbesondere Deutsche Film- und Fernsehakademie Berlin GmbH;
28. Ressortkoordinierung des Medienbereichs; Grundsatzangelegenheiten der Medien, Beteiligung an Grundsatzangelegenheiten der Informations- und Kommunikationstechnologie (soweit nicht öffentliche Verwaltung) sowie Beteiligung an Einzelangelegenheiten der Ressorts im Medien- und IuK-Bereich; überregionale Initiativen und Beteiligungen bei regionalen Initiativen und Institutionen, insbesondere bei gemeinsamen Aktionen des Senats von grundsätzlicher Bedeutung mit der Medienwirtschaft; Mitwirkung an der Steuerung des E-Governments in Verbindung mit der Senatsverwaltung für Inneres und Sport, soweit die Verfahrensverantwortlichkeit nicht bei einzelnen Ressorts liegt;
29. Grundsatzangelegenheiten der Öffentlichkeitsarbeit; des Standortmarketings und des Stadtinformationssystems; Koordinierung dieser Angelegenheiten des Senats;
30. Koordinierung der Flughafenpolitik einschließlich Planung, Bau und Betrieb des Flughafens BBI und dessen verkehrlicher Anbindung; Angelegenheiten der Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH;
31. Mitwirkung in überregionalen Gremien des Kulturbereichs;
32. Internationale und EU-Angelegenheiten des Kulturbereichs einschließlich Strukturfondsförderung; Internationale Einrichtungen des Kulturbereichs;
33. Vergabe von kulturellen Preisen;
34. Angelegenheiten der kulturfördernden Stiftungen;
35. Angelegenheiten der Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften;
36. Förderung der Künste und des kulturellen Lebens; Förderung kultureller Vereinigungen und Institutionen; Förderung der kulturellen Repräsentation Berlins;
37. Angelegenheiten der Bühnen, Orchester und Chöre; Angelegenheiten des Deutschen Bühnenvereins;
38. Angelegenheiten der Hauptstadtkulturfinanzierung; Geschäftsstelle Hauptstadtkulturfonds; Mitwirkung in Bundeseinrichtungen;
39. Stiftung Preußischer Kulturbesitz; Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg;
40. Angelegenheiten der Museen;
41. Pflege der Stadtgeschichte;
42. Gedenkstätten, Schutz von Kulturgut; Kulturgutrückführung;
43. Angelegenheiten des Öffentlichen Allgemeinen Bibliothekswesens, des Öffentlichen Wissenschaftlichen Bibliothekswesens, des regionalen Literaturnachweises und der landesweiten Verbundentwicklung; Aufgaben der Laufbahnordnungsbehörde für diese Bereiche; Auswahl und Einstellung von Beamtenanwärterinnen/Beamtenanwärtern für die Laufbahn des höheren Dienstes an Öffentlichen Allgemeinen Bibliotheken; Aufgaben der Ausbildungsbehörde für die Angehörigen der vorgenannten Laufbahn;
44. Stiftung Zentral- und Landesbibliothek Berlin (ZLB);
45. Angelegenheiten der Archive; Aufgaben der Laufbahnordnungsbehörde für diesen Bereich; Auswahl und Einstellung

von Beamtenanwärterinnen/Beamtenanwärtern für die Laufbahn des gehobenen und höheren Dienstes an Archiven; Aufgaben der Ausbildungsbehörde für die Angehörigen der vorgenannten Laufbahn;

46. Angelegenheiten privater Unterrichtseinrichtungen, soweit sie künstlerischen oder musischen Unterricht erteilen, jedoch mit der Ausnahme der Zuständigkeit nach dem Privatschulgesetz;
47. Förderung überbezirklich tätiger freier Gruppen, Förderung kultureller Aktivitäten von Ausländern (soweit nicht die Bezirke zuständig sind); Koordinierung dezentraler Kulturarbeit; Künstlerinnenprogramm;
48. Internationale Kulturbeziehungen;
49. Verleihung von Titeln für Künstlerinnen und Künstler;
50. Kunst im Stadtraum und am Bau;
51. Mitwirkung bei Angelegenheiten der Kulturwirtschaft und des Kulturtourismus.

II.

Zum Geschäftsbereich der **Bürgermeisterinnen/Bürgermeister** gehören:

1. Vertretung der Regierenden Bürgermeisterin/des Regierenden Bürgermeisters bei Abwesenheit oder sonstiger Verhinderung in sämtlichen Geschäften;
2. Unterstützung der Regierenden Bürgermeisterin/des Regierenden Bürgermeisters durch Wahrnehmung von Terminen in Absprache mit der Senatskanzlei.

III.

Zum Geschäftsbereich der **Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung** gehören:

1. Schul-, Jugend-, Familien- und allgemeine Weiterbildungspolitik; Hochschul- und Forschungspolitik; Planung, Koordinierung und Controlling; Gesetzgebung;
2. Schulrecht, Aufsicht über das Schul- und Unterrichtswesen, Schulinspektion; Musikschulen und Volkshochschulen; Durchführung des theoretischen und praktischen Unterrichts der schulischen Ausbildung nach dem Altenpflegegesetz, Durchführung der staatlichen Prüfung; Mitwirkung in Fragen der außerschulischen Berufsbildung, curriculare Abstimmung, Schulaufsicht über Unterrichts- und Prüfungsangelegenheiten des Studienkollegs; Fragen der Hochschulzugangsberechtigung;
3. Durchführung des Schulgesetzes; innere Schulangelegenheiten; Erlass von Rahmenlehrplänen für Unterricht und Erziehung; Schulentwicklungsplan, Schulentwicklungsplanung; Mitwirkung bei der sozialen Stadtentwicklung; Schulorganisation; Schulen in freier Trägerschaft, Grundsatzangelegenheiten der Aufnahme von Schülerinnen/Schülern in den Unterricht; Angelegenheiten der sprachlichen Integration;
4. Internationale und überregionale Angelegenheiten auf dem Gebiet des Schul- und Unterrichtswesens einschließlich des Fernunterrichtswesens; der allgemeinen Weiterbildung und der Jugendhilfe;
5. Aufgaben der obersten Dienstbehörde für die Dienstkräfte des Schul-, Schulaufsichts- und Volkshochschuldienstes einschließlich der Ordnung der entsprechenden Laufbahnen; Versetzungen und Abordnungen von Dienstkräften des Schul-, Schulaufsichts- und Volkshochschuldienstes nach Artikel 77 Abs. 2 VvB;
6. Einzelpersonalangelegenheiten der Dienstkräfte des Schul- und Schulaufsichtsdienstes;

7. Lehrerinnen-/Lehreraus- und -weiterbildungsrecht; Durchführung der ersten Staatsprüfungen für die Lehrämter; Durchführung der Ausbildung und Prüfung der Lehramtsanwärterinnen/Lehramtsanwärter, Einstellung der Studienreferendarinnen/Studienreferendare und Lehreranwärterinnen/Lehreranwärter; Ordnung und Durchführung der Prüfung für staatlich geprüfte Gymnastiklehrerinnen/Gymnastiklehrer; Durchführung und Förderung von Programmen zur Lehrerinnen-/Lehrerfort- und -weiterbildung außerhalb der Hochschulen; Honorarregelungen für die im Bereich des Schulwesens und der Weiterbildung tätigen Prüferinnen/Prüfer und sonstigen freien Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter;
8. Zentrale Bewerberstelle für Lehrkräfte und sonstiges pädagogisches Personal;
9. Auslandslehrerrecht; Auslandsschulwesen;
10. Führung von Rechtsstreitigkeiten auf den Gebieten des öffentlichen und privaten Schulwesens sowie des Lehrerbildungsrechts;
11. Zentrale Angelegenheiten des Austauschs von Lehrerinnen/Lehrern und Schülerinnen/Schülern mit dem Ausland; Schülerinnen-/Schülerfahrten;
12. Schulsport und Bewegungserziehung; Schulsportwettkampfprogramm; Finalveranstaltungen des Bundeswettbewerbs „Jugend trainiert für Olympia“; Schulgesundheitspflege; Mitwirkung bei der Schulgesundheitsfür- und -vorsorge;
13. Allgemeine Weiterbildung; Recht der allgemeinen Weiterbildung außerhalb der Hochschulen; Angelegenheiten der Volkshochschulen einschließlich der Fortbildung für die Dozentinnen/Dozenten der Erwachsenenbildung; Fragen des lebenslangen Lernens;
14. Angelegenheiten des Sprachverbandes Deutsch für ausländische Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer;
15. Angelegenheiten der öffentlichen Musikschulen einschließlich der Fortbildung für die Musikschullehrerinnen/Musikschullehrer;
16. Angelegenheiten nichtstaatlicher Bildungs- und Weiterbildungseinrichtungen als Zuwendungsempfängerinnen/Zuwendungsempfänger;
17. Richtlinien und Regelungen für die Standort- und Bauplanung sowie beim Entwurf und Bau von Schul- und Volkshochschulbauten, Mitwirkung bei der Standortplanung von Kindertagesstätten, Kinder- und Jugendheimen sowie Jugendfreizeiteinrichtungen; Mitwirkung bei Vorhaben, die zentral durchgeführt werden; Kapazitätsplanung und Finanzierung von Investitionen im Schulbereich, Planung und Durchführung des Schul- und Sportanlagenanierungsprogramms in Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung für Inneres und Sport; Durchführung des Investitionsprogramms Zukunft Bildung und Betreuung des Bundes sowie von sonstigen zentralen Infrastrukturprogrammen;
18. Angelegenheiten der Medien, einschließlich des Einsatzes von IuK in den Berliner Schulen. Erarbeitung von Mindeststandards für Lehr- und Lernmittel;
19. Nachgeordnete Einrichtungen: Landeszentrale für politische Bildungsarbeit; Landesstelle für gewerbliche Berufsförderung in den Entwicklungsländern; Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg;
20. Einrichtungen mit sportlichem Schwerpunkt (Eliteschulen des Sports und Haus der Athleten, Ballett- und Artistikschule);
21. Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM);
22. Staatliches Prüfungsamt für Übersetzer Berlin;
23. Angelegenheiten der Jugendhilfe; Leistungen und andere Aufgaben nach § 2 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (SGB VIII) einschließlich Aufgaben im Grenzbereich zur Jugendpsychiatrie; Frühförderung Behinderter gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz;
24. Angelegenheiten des gesetzlichen Jugendschutzes und des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages der Länder;
25. Entscheidung über den Einsatz von Software in den Jugendämtern;
26. Förderung von freien Trägern der Jugendhilfe; Konzeptionelle Vorgaben und Steuerung von Angeboten der kulturellen Bildung von Kindern und Jugendlichen (Jugendkulturservice; Familienpass, Theater der Schulen);
27. Verwaltung der Zuwendungen der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin (DKLB-Stiftung) aus der Zweckabgabe der Deutschen Klassenlotterie Berlin (auch für Aufgaben der sportorientierten Jugendarbeit);
28. Grundsatzangelegenheiten der vorschulischen Bildung und Erziehung;
29. Berliner Aktionsprogramm „Für Demokratie und Toleranz – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ (respectABel);
30. Angelegenheiten zur Verbesserung des Spiel- und Lebensraums Stadt unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse und Interessen von Kindern und Jugendlichen; Mitwirkung bei der Planung und Gestaltung von Frei- und Spielflächen im Wohnumfeld;
31. Abschluss von Verträgen über Einrichtungen und Dienste der Jugendhilfe (§ 78 a ff. SGB VIII);
32. Vereinbarungen mit den Trägern der gesetzlichen Krankenversicherung über die Krankenversorgung (ohne Tuberkulosehilfen) für außerhalb der eigenen Familie untergebrachte Jugendhilfe-Empfängerinnen/Empfänger;
33. Staatliche Anerkennung sozialpädagogischer Fachkräfte; Mitwirkung bei der Ausbildung und Prüfung sozialpädagogischer Fachkräfte;
34. Fortbildung und Fachtagungen für die im Jugendbereich tätigen Fachkräfte;
35. Bewährungshilfe für Jugendliche und Heranwachsende; Förderung von Maßnahmen für Diversionsstrategien;
36. Deutsch-Französisches und Deutsch-Polnisches Jugendwerk einschließlich Schülerangelegenheiten;
37. Jugendaufbauwerk Berlin; Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin; Stiftung Hilfe für die Familie; Stiftung Demokratische Jugend;
38. Mitwirkung in grundsätzlichen Fragen der Anerkennung von Veranstaltungen nach dem Berliner Bildungsurlaubsgesetz für die politische Bildung von Jugendlichen und Erwachsenen;
39. Bundeselterngeldgesetz, Abwicklung des Bundeserziehungsgeldgesetzes und der Familiengründungs- und Familienkreditdarlehen;
40. Allgemeine Angelegenheiten der Sinti und Roma mit deutscher Staatsangehörigkeit;
41. Angelegenheiten nach dem Unterhaltsvorschussgesetz; Zentrale Vormundschafts- und Unterhaltsvorschusskasse;
42. Zusammenarbeit in der Zentralen Adoptionsstelle Berlin-Brandenburg; Adoptionsvermittlung;
43. Beratung und Information über neue religiöse Bewegungen und Psychogruppen;
44. Freiwilliges Soziales Jahr;

45. Errichtung, Betrieb, Belegung und Schließung von Unterbringungseinrichtungen für alleinstehende minderjährige Ausländerinnen/Ausländer einschließlich Asylbewerberinnen/Asylbewerber sowie Verträge mit Dritten; Leistungen an die in den vorgenannten Einrichtungen Untergebrachten, einschließlich Rückkehrhilfen, soweit den Minderjährigen Berlin noch nicht als Aufenthaltsort für die Dauer des Asylverfahrens zugewiesen wurde;
 46. Staatsaufsicht über das Pestalozzi-Fröbel-Haus und den Lette-Verein;
 47. Universitäten und Museum für Naturkunde, Hochschulmedizin, künstlerische Hochschulen, Fachhochschulen einschließlich der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin; Hochschul- und Studienreform; Bestätigung von Satzungen der Hochschulen; Berufsangelegenheiten; Förderung der Entwicklung und Anwendung von Fernstudium und Multimedia in der Lehre;
 48. Rahmenverträge mit den Hochschulen und mit dem Studentenwerk, Zielvereinbarungen, Leistungsberichte;
 49. Kapazitätsplanung und Zulassungswesen für die Hochschulen; Finanzierung von Investitionen im Wissenschaftsbereich; Förderung von Forschungsbauten einschließlich Großgeräten im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe nach Artikel 91 b Abs. 1 Nr. 3 GG sowie Verwendung der Kompensationsmittel des Bundes gemäß Artikel 143 c GG im Rahmen des allgemeinen Hochschulbaus;
 50. Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses; Frauen in Wissenschaft und Forschung;
 51. Ausbildungsförderung nach BAföG; Begrüßungsgeld für Studierende; studentische Angelegenheiten; Studentenwerk Berlin;
 52. Technologie- und Wissenstransfer der Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen; An-Institute;
 53. Angelegenheiten der nichtstaatlichen Hochschulen einschließlich der Zweigstellen und Niederlassungen ausländischer und inländischer Hochschulen, Kooperationen mit nichthochschulischen Bildungseinrichtungen, staatliche Anerkennung privater Hochschulen;
 54. Führung ausländischer Hochschulgrade, Hochschultitel und Hochschultätigkeitsbezeichnungen;
 55. Beteiligung an überregionalen und europäischen Förderprogrammen; Angelegenheiten des Europäischen Technologieinstituts (ETI) und des Europäischen Forschungsrates (ERC);
 56. Gemeinsame Förderung der Forschung nach Artikel 91 b GG;
 57. Förderung und Steuerung von Forschungseinrichtungen (insbes. der Institute der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz, der Max-Planck-Gesellschaft, der Herrmann von Helmholtz-Gemeinschaft und der Fraunhofer-Gesellschaft); Angelegenheiten der deutschen Forschungsgemeinschaft;
 58. Entwicklung und Unterstützung von Forschungsschwerpunkten (insbesondere der Landesschwerpunkte Molekulare Medizin, Biotechnologie und Genomforschung, Verkehrsforschung und -technik, Informations- und Kommunikationstechnik, Optik und optische Technologien, Mikrosystemtechnik, Produktionstechnik und Maschinenbau); Interdisziplinäre Forschungsverbände;
 59. Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Adlershof, soweit nicht Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen; Wissenschaftsstandort Berlin-Buch soweit nicht die Senatsverwaltungen für Wirtschaft, Technologie und Frauen oder für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz zuständig sind;
 60. Wissenschaftsmarketing (insbesondere Forschungsmarkt Berlin, Forschungspolitische Dialoge, Wissenschaftsinformationssystem);
 61. Angelegenheiten des Informations- und Dokumentationswesens, Multimediaanwendungen sowie Infrastruktur (insbesondere Großgeräte, Datenübertragungsnetze) im Bereich der Wissenschaft;
 62. Mitwirkung in überregionalen Gremien, wie Kultusministerkonferenz, Wissenschaftsrat, Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung bzw. entsprechende Nachfolgeinstitutionen (GWK) in Angelegenheiten des Ressorts;
 63. Internationale und EU-Angelegenheiten des Wissenschaftsbereichs; Internationale Einrichtungen des Wissenschaftsbereichs;
 64. Förderung von Kooperationen in Wissenschaft und Forschung; Förderung wissenschaftlicher Vereinigungen und Institutionen; wissenschaftliche Preise;
 65. Aufsicht über die Landessammelstelle nach § 9 a Abs. 3 des Atomgesetzes;
 66. Angelegenheiten der wissenschaftsfördernden Stiftungen;
 67. Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften;
 68. Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK).
- IV.**
- Zum Geschäftsbereich der **Senatsverwaltung für Finanzen** gehören:
1. Finanzpolitik und Finanzwirtschaft; Bund-Länder-Finanzbeziehungen; EU-Beitragsangelegenheiten; Angelegenheiten des Finanzplanungsrats; Angelegenheiten des Länderfinanzausgleichs;
 2. Haushaltsrecht, allgemeine Angelegenheiten des Haushaltswesens;
 3. Aufstellung und Festsetzung des Entwurfs des Haushaltsplans mit Ausnahme der Bezirkshaushaltspläne; Finanzzuweisungsverfahren (Budgetierung), Vorgabe von Globalsummen und Budgets auf der Basis betriebswirtschaftlicher Ergebnisse sowie Leitlinien für die Aufstellung der Bezirkshaushaltspläne;
 4. Aufstellung der Finanzplanung im Einvernehmen mit der Regierenden Bürgermeisterin/dem Regierenden Bürgermeister – Senatskanzlei und des Fortschrittsberichts Aufbau Ost;
 5. Überwachung und Steuerung der Haushaltswirtschaft einschließlich Jahresabschluss;
 6. Einholung der nachträglichen Zustimmung des Abgeordnetenhauses zu Haushaltsüberschreitungen;
 7. Aufstellung der Haushalts- und Vermögensrechnung;
 8. Kosten- und Leistungsrechnung;
 9. Finanzcontrolling im Rahmen des Querschnittscontrollings;
 10. IT-Einsatz für die Haushaltsüberwachung, die Kosten- und Leistungsrechnung, das Budgetierungsverfahren, den Produktkatalog, das Finanzcontrolling und die Erteilung der Kassenanordnungen im Rahmen eines integrierten Verfahrens für die Aufgaben nach den Nummern 3, 4, 7 und 8;
 11. Anordnung über die Einrichtung eines betrieblichen Rechnungswesens bei Betrieben Berlins;
 12. Geldgeschäft, Kredit- und Zinsmanagement;

13. Vermögens- und Schuldenverwaltung; Anlage der Mittel der Versorgungsrücklage;
14. Gebühren- und Beitragsrecht; allgemeine Angelegenheiten des Gebühren- und Beitragswesens;
15. Zustimmungsverfahren nach § 40 LHO;
16. Mitgliedschaft in den Vorständen der Arbeitgeberverbände für den öffentlichen Dienst;
17. Koordination des Kassenwesens; Kassen- und Zahlstellenprüfungen;
18. Besitz- und Verkehrsteuern, Zölle und Verbrauchsteuern, Finanzmonopole; Steuerberatungswesen; Staatsaufsicht über Steuerberaterkammer Berlin;
19. Informationstechnik, Berufsbildung, Entwicklungshilfe und Organisationsuntersuchungen der Steuerverwaltung;
20. Allgemeine Regelungen der Personalbedarfsangelegenheiten einschließlich der zur Berufsausbildung Beschäftigten; Leitlinien für die Aufstellung der Stellenpläne: Prüfung der Stellenpläne im Hinblick auf die Einhaltung der vorgegebenen (Teil-)Globalsumme für Personalausgaben; Überwachung und Steuerung der Personalausgaben; allgemeine Festsetzungen; Mitwirkung bei der Personalbedarfsdeckungsplanung und der Umsetzung der Einsparungen bei den Personalausgaben;
21. Einhaltung der Obergrenzen für Beförderungämter für den Bereich der unmittelbaren Landesbeamtinnen/Landesbeamten; Steuerung der Personalkosteneinsparungen; Zentrales Personalüberhangmanagement des Landes Berlin; Fluktuationsregelungen;
22. Entscheidungen in Einzelangelegenheiten der Personalwirtschaft nach Maßgabe der Vorschriften für das Haushaltswesen;
23. Berliner Immobilienmanagement GmbH; Landesbetrieb für Gebäudebewirtschaftung; Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin;
24. Raum- und Dienstgebäudemanagement; Unterbringung der Dienstbehörden der Hauptverwaltung des Landes Berlin, Zuweisung von Bürodienstgebäuden und -räumen; Grundsatzangelegenheiten der Bedarfsermittlung, Ausstattung und Verwaltung der Dienstgrundstücke, -gebäude und -räume; Allgemeine Regelungen zur Nutzung von Dienstgebäuden; Verfahrensverantwortung für DV-Verfahren des Bestandsverzeichnisses (Gebäudedatenbank);
25. Führung von Prozessen vor den ordentlichen Gerichten mit Ausnahme der in Abschnitt VI Nr. 27 und Abschnitt VIII Nr. 16 genannten Fälle; Führung von Rückgriffsprozessen gegen Dienstkräfte Berlins, soweit die Senatsverwaltung für Finanzen im Wege der Selbstversicherung Zahlung für Dienstpflichtverletzung leisten musste; Führung von Prozessen vor den Arbeitsgerichten über Ansprüche aus gesetzlicher Haftpflicht;
26. Selbstversicherung;
27. Verwaltung besonderer Vermögensmassen, insbesondere Erbschaften;
28. Schlichtung von vermögensrechtlichen Streitigkeiten innerhalb der Berliner Verwaltung;
29. Liegenschaften Berlins; Sicherung von Landes- und Kommunalvermögen (u. a. Artikel 21, 22 des Einigungsvertrages);
30. Grundstückswesen; Zustimmungsverfahren nach den §§ 63, 64 LHO;
31. Bildung und Verwaltung von Liegenschaftsfonds;
32. Beteiligung an Unternehmen; betriebswirtschaftliches Beitragscontrolling einschließlich Anstaltscontrolling (ge-

mäß Berliner Betriebsgesetz), Steuerangelegenheiten der Betriebe gewerblicher Art; Vorsitz in den Gewährträgerversammlungen der Anstalten öffentlichen Rechts nach dem Berliner Betriebsgesetz;

33. Abschluss von Rahmenverträgen über die gesamtstädtische Versorgung der Berliner Verwaltung mit Strom, Gas und Fernwärme; Abschluss von Konzessionsverträgen im Einvernehmen mit den jeweils fachlich zuständigen Verwaltungen;
34. Federführung bei der Übernahme und Abwicklung von Bürgschaften und Rückbürgschaften, Garantien und Rückgarantien für Beteiligungen sowie anderen Finanzierungsinstrumenten im Einvernehmen mit der für Wirtschaft zuständigen Senatsverwaltung; Sonderfinanzierungen; Mitwirkung beim Konsolidierungsfonds II und Liquiditätsfonds sowie Abwicklung des Konsolidierungsfonds I und der Haftungsfreistellungsprogramme;
35. Durchführung des Lastenausgleichsgesetzes, des Feststellungsgesetzes und hierzu ergangener Nebengesetze, des Beweissicherungs- und Feststellungsgesetzes, des Flüchtlingshilfegesetzes und des Reparationsschädengesetzes;
36. Durchführung der Gesetzgebung zur Regelung offener Vermögensfragen und hierzu ergangener Nebengesetze;
37. Zentrale Datenstelle der Landesfinanzminister;
38. Finanzämter; Ausgleichsämter und Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen, Landeshauptkasse Berlin, Staatliche Münze Berlin.

V.

Zum Geschäftsbereich der **Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz** gehören:

1. Die dem Geschäftsbereich Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz obliegenden politischen und Steuerungsaufgaben sowie die gesetzlich zugewiesenen allgemeinen und Ordnungsaufgaben, insbesondere
2. Zusammenarbeit mit den Kammern, Kassen, Kassenärztlichen Vereinigungen, mit im Gesundheitswesen tätigen Verbänden und Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege in Fragen der Gesundheitspolitik;
3. Initiativen für Gesundheit, insbesondere auf dem Feld der gesundheitlichen Prävention, Gesundheitsförderung und Rehabilitation in enger Zusammenarbeit mit den Kosten- und Leistungsträgern und weiteren Akteuren im Gesundheitswesen;
4. Staatsaufsicht über die Ärzte-, Zahnärzte-, Tierärzte- und Apothekerkammer Berlin sowie über die Kammer für Psychologische Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten;
5. Grundsatzangelegenheiten des Kammerrechts der akademischen Berufe des Gesundheitswesens; Mitwirkung bei gesetzlichen Vorhaben zur Ausbildung und Berufsausübung auf Bundes- und EU-Ebene; Grundsatz-, Rechts- und Berufsangelegenheiten der akademischen Berufe des Gesundheitswesens sowie der Heilpraktikerinnen/Heilpraktiker;
6. Rechts- und Grundsatzangelegenheiten der nicht akademischen Berufe im Gesundheits-, Sozial- und Veterinärwesen einschließlich der Fort- und Weiterbildung; Berufsfeldentwicklung und Ausbildungskapazität; Qualitätssicherung der theoretischen und praktischen Ausbildung soweit nicht Schulrecht; Umsetzung einschlägiger EU-rechtlicher Regelungen in nationales Recht;
7. Angelegenheiten der amts-, vertrauens- und gerichtsärztlichen Tätigkeit;

8. Umweltbezogener Gesundheitsschutz (gesundheitliche Aspekte des Wassers, insbesondere des Trink- und Badebeckenwassers und der Badegewässer, des Bodens, der Luft und physikalischer Einflussfaktoren; Innenraumluft-hygiene); Gesundheitsverträglichkeitsprüfung;
9. Angelegenheiten des Leichen- und Bestattungswesens (ohne Melderecht und Friedhofswesen); Sektionswesen;
10. Allgemeine und Krankenhaushygiene;
11. Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten (Umsetzung des Infektionsschutzgesetzes und der Internationalen Gesundheitsvorschriften; Planung zur Seuchenbekämpfung); Koordination aller Maßnahmen, die der Aufklärung und Vorbeugung in der Bevölkerung, der Beratung, Hilfe und Betreuung von HIV-infizierten und -erkrankten Menschen dienen;
12. Desinfektion; Entwesung; Schädlingsbekämpfung;
13. medizinische Fragestellungen des Rettungsdienstes, Fragen der Notfall- und Katastrophenmedizin;
14. Angelegenheiten des öffentlichen Gesundheitsdienstes;
15. Grundsatzfragen der Familienplanungsberatung, Schwangerschaftskonfliktberatung und des Schwangerschaftsabbruchs; Beteiligung an der Gesetz- und Verordnungsgebung des Bundes (Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetz – SFHÄndG); Förderung von Beratungsstellen;
16. Grundsatzangelegenheiten der Humangenetik, des Embryonenschutzes, der Fortpflanzungsmedizin und der Anwendung biomedizinischer Methoden am Menschen; Erteilung von Genehmigungen nach § 121 a SGB V;
17. Sicherstellung der Krankenhausversorgung; Krankenhausrecht; Krankenhausplanung; Krankenhausfinanzierung und -förderung; Krankenhausbauplanung einschließlich abschließender Prüfung und Anerkennung von Planungsunterlagen; Grundsatzangelegenheiten der Errichtung und Betriebsführung von Krankenhäusern; Trägerwechsel von Krankenhäusern; Fachcontrolling der Krankenhäuser mit Beteiligung des Landes Berlin; Krankenhausbeirat; Qualitätssicherung im Krankenhaus; Telemedizin; Genehmigung von Krankenhauspflugesätzen, Rechtsaufsicht über die Schiedsstelle für die Festsetzung von Krankenhauspflugesätzen, Befreiung nach der Krankenhausbuchführungsverordnung, Geschäftsstelle des Landespflegesatzausschusses;
18. Strukturierung des ambulanten Gesundheitsbereichs; Grundsatzangelegenheiten der sozialpädiatrischen Versorgungsstruktur;
19. Notfallvorsorge, Katastrophen- und Zivilschutz im Bereich des Gesundheitswesens;
20. Grundsatzfragen, Strukturentwicklung und Steuerung der psychiatrischen Versorgung und des psychiatrischen Hilfesystems sowie der forensisch-psychiatrischen Versorgung; Maßregelvollzug; Landespsychiatriebeirat und verwandte Gremien; Landesbeauftragte/Landesbeauftragter für Psychiatrie;
21. Angelegenheiten des Transplantations- und Transfusionswesens;
22. Sachverständigenwesen auf den Gebieten des Medizinalwesens, des Veterinärwesens, des Pharmaziewesens und der Lebensmittelüberwachung;
23. Veterinärwesen einschließlich Tierseuchenbekämpfung; Tierschutz, Hufbeschlag, Tierkörperbeseitigung, Futtermittelrecht;
24. Grundsatzangelegenheiten der Gentechnik, Anmeldeverfahren, Genehmigung und Überwachung gentechnischer Anlagen und Arbeiten;
25. Sicherheit und Gesundheitsschutz der Beschäftigten bei der Arbeit und Dritter; Angelegenheiten des sozialen und medizinischen Arbeitsschutzes: Arbeitszeitschutz, Mutterschutz, Jugendarbeitsschutz, Fahrpersonalschutz; Arbeitsschutzmanagement, arbeitsmedizinische Vorsorge; Berufskrankheiten; Strahlenschutzvorsorge für beruflich strahlenexponierte Personen; psychische Belastungen der Beschäftigten; betriebliches Gesundheitsmanagement. Angelegenheiten des technischen Arbeitsschutzes: Anlagen- und Betriebssicherheit; Arbeitsmittelbenutzung; Schadensfälle; überwachungsbedürftige Anlagen; Unfallverhütung; Baustellensicherheit; Produkt- und Gerätesicherheit; Medizinproduktesicherheit; Arbeitsstättenbeschaffenheit; Strahlenschutz mit Ausnahme der Kernbrennstoffe; Staatsaufsicht über die Zugelassenen Überwachungsstellen und die Technischen Überwachungsorganisationen; Angelegenheiten des stofflichen Arbeitsschutzes: Chemikaliensicherheit; Gefahrstoffe; Schutz vor biologischen Arbeitsstoffen und gentechnisch veränderten Organismen; Sprengstoffsicherheit;
26. Ladenschluss (im Benehmen mit der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen hinsichtlich der wirtschaftspolitischen Aspekte);
27. Überwachung des Verkehrs mit Lebensmitteln, Tabakerzeugnissen, kosmetischen Mitteln und sonstigen Bedarfsgegenständen sowie deren Untersuchung und Beurteilung, Schlachtier- und Fleischuntersuchung einschließlich Geflügelfleischuntersuchung im Inland und entsprechende Einfuhruntersuchungen; gesundheits- und veterinäraufsichtliche Befugnisse zur Durchführung des Milch- und Margarinegesetzes;
28. Grundsatzfragen der Verbraucherpolitik und des Verbraucherschutzes, Angelegenheiten der Verbraucherpolitik von ressortübergreifender Bedeutung, Weiterentwicklung der Verbraucherschutzpolitik;
29. Verbraucherpolitische Beurteilung von Gesetzesvorhaben und Mitwirkung in Angelegenheiten anderer Senatsverwaltungen, soweit sie die Belange der Verbraucherpolitik und des Verbraucherschutzes betreffen, Zusammenarbeit mit allen am Verbraucherschutz Beteiligten, Beobachtung und Analyse der internationalen und europäischen Entwicklung in der Verbraucherpolitik und im Verbraucherschutz, Förderung der Nachhaltigkeit in allen verbraucherrelevanten Gebieten;
30. Marktpolitik, Marktordnungsrecht und EU-Fragen, Handelsklassenwesen, Durchführung des Rindfleisch- und des Fischetikettierungsgesetzes;
31. Apothekenwesen;
32. Arzneimittel-, Betäubungsmittelwesen; Werbung im Heilwesen;
33. Grundsatzangelegenheiten und Steuerung des Drogenhilfesystems und der integrierten Suchthilfedienste (legale und illegale Drogen) einschließlich Suchtprävention; Koordinierung in allen Drogen- und Suchtangelegenheiten inklusive Drogen- und Suchtpolitik (Landesdrogenbeauftragter/Landesdrogenbeauftragte); staatliche Anerkennung von Drogenhilfeträgern auf den Grundlagen der § 35 ff. BtmG und § 53 StPO; Oberste Landesbehörde zur Erlaubniserteilung für Drogenkonsumräume; Förderung von überbezirklichen Trägern im Bereich Suchtangelegenheiten sowie von Integrationsmaßnahmen aus Mitteln des ESF;
34. Gesundheitsberichterstattung; Sozialstatistisches Berichtswesen; IT-gestützte Fachinformationssysteme (Gesundheits- und Sozialinformationssystem);
35. Mitwirkung bei Vergütungen, Entgelten und Vereinbarungen für ambulante Dienste sowie teil- und vollstationäre Einrichtungen des Sozialwesens nach dem SGB XI und

- dem SGB XII bezogen auf die Betreuung und Unterbringung von psychisch- und suchtkranken Menschen;
36. Grundsatzfragen des Sozialgesetzbuches V und entsprechende Beteiligung an der Gesetz- und Verordnungsgebung auf Bundes- und Landesebene im Bereich des Krankenversicherungs- und Kassenarztrechts einschließlich Datenschutzangelegenheiten, zwischenstaatliches und überstaatliches Recht, Selbstverwaltungs- und Dienstrecht in der gesetzlichen Krankenversicherung;
 37. Rechtsaufsicht über die landesunmittelbaren Träger der Krankenversicherung und ihre Landesverbände, die Schiedsämter nach § 89 SGB V, die Prüfungs- und Beschwerdeausschüsse nach § 106 SGB V sowie die Kassenärztlichen Vereinigungen; Mitwirkung bei Angelegenheiten der Rechtsaufsicht über den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung Berlin-Brandenburg e. V.; Prüfungs-, Zustimmungs- und Genehmigungsangelegenheiten des Satzungs- und Haushaltswesens, der Vermögensanlagen, der Baumaßnahmen und der genehmigungspflichtigen Organbeschlüsse; Gemeinlastverfahren; Zuschüsse an die Krankenkassen;
 38. Umweltpolitik, Umweltökonomie und Förderung von Umweltentlastungsmaßnahmen; umweltpolitische Angelegenheiten der Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung; Verbesserung der umweltbezogenen Standortfaktoren für den Wirtschafts- und Technologiestandort Berlin, ökologisches Wirtschaften und Umwelttechnik; bereichsübergreifende Fragen des Umweltschutzes und der Ökologie; Umwelthaftung; Umweltgesetzbuch; Grundsatzfragen der Umweltverträglichkeitsprüfung; Freiwilliges Ökologisches Jahr;
 39. Grundsatz- und Planungsangelegenheiten des Immissionsschutzes; Umsetzung und Vollzug von EU- und Bundesrecht, insbesondere bei Luftreinhaltung und Lärminderung; Festsetzung von Luftreinhalteplänen, Aktionsplänen und Lärminderungsplänen;
 40. Klimaschutzpolitik; Grundsatzfragen der energiepolitischen Planung; Entwicklung und Umsetzung eines Energiekonzeptes sowie daraus resultierender Energie- und Klimaschutzprogramme; Einzelprojekte und räumliche Energiekonzepte; Energiebeirat; Energiecontrolling für Liegenschaften des Landes Berlin; Energie- und Klimaschutzbericht; Energiesparmarketing; Impulsprogramm zum Energiespartransfer; Energieagentur; Internationale Kooperationen zum Klimaschutz;
 41. Grundsatzangelegenheiten, Steuerung, Aufsicht sowie Vollzugsaufgaben einschließlich Messungen auf den Gebieten des Atomrechts, der Strahlenschutzvorsorge und der Umweltradioaktivität, des Immissionsschutzes und des Gentechnikrechts, soweit es sich um immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftige Anlagen handelt sowie des Gewässerschutzes;
 42. Abfallangelegenheiten, insbesondere Abfallwirtschaftsplanung sowie Entwicklung von Abfallwirtschaftsprogrammen, -konzepten und -bilanzen; Vollzug des Abfallrechts; Abfallberatung; Fachaufsicht über die Sonderabfallgesellschaft Brandenburg/Berlin (SBB); Umsetzung regionaler Abfallwirtschaftskonzepte mit dem Land Brandenburg; Straßenreinigung;
 43. Mitwirkung bei dem Informationssystem Stadt und Umwelt (ISU), dem Umweltatlas, dem Bodenbelastungskataster und dem Gemeinsamen Stoffdatenpool des Bundes und der Länder (GSBL);
 44. Wasserwirtschaftliche Planung, Wassermenge- und Wassergütwirtschaft, Gewässerkunde; landesgeologische Aufgaben und Baugrundaufgaben; Gewässer erster Ordnung und fließende Gewässer zweiter Ordnung; Durchführung der Wassergesetze, der Abwasserabgabengesetze, des Wasserversicherungsgesetzes, des Wasch- und Reinigungsmittelgesetzes und des Lagerstättengesetzes; Bodenschutz und Durchführung der Bodenschutzgesetze; Altlastensanierung und Bestimmung der Sanierungsverfahren; Fischereiwesen;
 45. Agrarpolitik, -recht; Angelegenheiten der Landwirtschaft und des Gartenbaus; Durchführung des Landwirtschaftsstaatsvertrages mit Brandenburg; Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“; Angelegenheiten des Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL); Angelegenheiten des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER); Internationale Grüne Woche (IGW); Aufgaben der Obersten Siedlungs- und Flurerneuerungsbehörde; Bestellung und Vereidigung von Sachverständigen für die Landwirtschaft;
 46. Genehmigung der Tarife und Entgelte von BSR und BWB gemäß § 22 Abs. 1 des Betriebe-Gesetzes; Genehmigung von Strompreisen;
 47. Fischereiamt; Abwasserverband der Fahrgastschiffahrt von Berlin, Wasserverband Pfefferluchgraben, Spree-Havel-Verband;
 48. Landesinstitut für gerichtliche und soziale Medizin Berlin; Landesamt für Gesundheit und Soziales Berlin, soweit ihm in den vorstehenden Nummern genannte Aufgaben obliegen; Gemeinsames Krebsregister; Berliner Betrieb für Zentrale Gesundheitliche Aufgaben; Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit Berlin; Krankenhaus des Maßregelvollzugs;
 49. Patientenbeauftragte/Patientenbeauftragter;
 50. Ethik-Kommission des Landes Berlin für klinische Arzneimittelprüfungen nach dem Arzneimittelgesetz (AMG);
 51. Tierversuchskommission des Landes Berlin.
- VI.**
- Zum Geschäftsbereich der **Senatsverwaltung für Inneres und Sport** gehören:
1. Staats-, Verfassungs- und staatliches Organisationsrecht;
 2. Recht der Bezirke, Bezirksangelegenheiten;
 3. Allgemeines Verwaltungsrecht; Allgemeines Verwaltungsverfahrenrecht;
 4. Datenschutzrecht; Rechtsaufsicht über den Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit nach § 33 Abs. 1 Satz 2 BlnDSG; Herbeiführung der Stellungnahme des Senats zum Jahresbericht des Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit (§ 29 Abs. 2 Satz 2 BlnDSG); Berliner Informationsfreiheitsgesetz;
 5. Wahlrecht, allgemeine Wahlen; Volksinitiative, Volksbegehren, Volksentscheid;
 6. Parteien-, Presse-, Vereins- und Versammlungsrecht; Vereinsangelegenheiten gemäß § 43 Abs. 1 BGB;
 7. Staatshoheitsangelegenheiten, soweit keine andere Zuständigkeit begründet ist; Beglaubigung von zum Gebrauch im Ausland bestimmten Urkunden mit Ausnahme von Urkunden der ordentlichen Gerichte, von notariellen und sonstigen Urkunden aus dem Bereich der Justiz;
 8. Polizei- und Allgemeines Ordnungsrecht, grundsätzliche Angelegenheiten der Ausländerpolitik im Zusammenhang mit dem Aufenthaltsrecht der Ausländer, Einzelangelegenheiten des Ausländerrechts, sonstige Ordnungsaufgaben der Senatsverwaltung für Inneres nach dem Zuständigkeitskatalog Ordnungsaufgaben, Mitwirkung in Angelegenheiten des Straßenverkehrsrechts und des allgemeinen

- Straßenverkehrs, soweit Ordnungs- und Sicherheitsfragen zu berücksichtigen sind;
9. Polizeipräsident in Berlin, Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (ohne Fachaufsicht in Ordnungsaufgaben aus den Geschäftsbereichen anderer Senatsverwaltungen), Berliner Feuerwehr, Landesverwaltungsamt Berlin, Standesamt I in Berlin, Verwaltungsakademie Berlin mit Institut für Verwaltungsmanagement;
 10. IT- Dienstleistungszentrum Berlin, Amt für Statistik Berlin-Brandenburg;
 11. Informations- und Kommunikationstechnik bei der Berliner Polizei und der Berliner Feuerwehr, Angelegenheiten der bundesweiten Standardisierung und Vereinheitlichung der IuK-Technik bei Polizei und Feuerwehr;
 12. Ressortübergreifende Angelegenheiten des Katastrophenschutzes (Koordinierungs- und Lenkungsmaßnahmen nach dem Katastrophenschutzgesetz) und der Zivilverteidigung;
 13. Rettungsdienst;
 14. Verteidigung; Wehrpflichtangelegenheiten; Vormerkstelle nach dem Soldatenversorgungsgesetz; Einstellungspräferenzen;
 15. Verfassungsschutz;
 16. Landessicherheitsbehörde;
 17. Geschäftsstelle des Prüfungsausschusses für den gehobenen Polizeivollzugsdienst, Berufung der Mitglieder des Ausschusses und Organisation der Laufbahnprüfung für den gehobenen Polizeivollzugsdienst;
 18. Landeskommision „Berlin gegen Gewalt“, Vorsitz und Geschäftsstelle;
 19. Sportpolitik;
 20. Internationale und überregionale Angelegenheiten auf dem Gebiet des Sports;
 21. Mitwirkung bei Grundsatzangelegenheiten des Schulsports und bei grundsätzlichen Maßnahmen insbesondere des Kooperationsprogramms Schule/Sportverein/-verband, der sportlichen Talentfindung und -förderung sowie der Organisation der Schwimmangebote für Schulen und Kitas;
 22. Überbezirkliche Förderung des Sports, insbesondere durch Gewährung von Zuwendungen an Sportorganisationen; Anerkennung der Förderungswürdigkeit von Sportorganisationen; Grundsätze für die Nutzung von Sportanlagen; Verwaltung der Zuwendungen für sportliche Zwecke der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin (DKLB-Stiftung) aus der Zweckabgabe der Deutschen Klassenlotterie Berlin; Grundlegende Fragen und Förderung der Sportentwicklung; Sportstandortmarketing; Veranstaltungsförderung im Sport; Sportsoziale Maßnahmen; Zielgruppen im Sport; Informationsstelle für den Sport behinderter Menschen; Anerkennung von Landesleistungszentren;
 23. Mitwirkung bei der Planung und Gestaltung von Mehrzweckeinrichtungen im Freizeitbereich hinsichtlich der Sportförderung;
 24. Mitwirkung bei der Standort- und Bauplanung sowie beim Entwurf und Bau von Sportanlagen (auch auf Schulstandorten) und Bädern; Mitwirkung bei Vorhaben, die zentral durchgeführt werden; Planung und Durchführung des Schul- und Sportanlagenanierungsprogramms in Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung; Mitwirkung bei der Durchführung von sonstigen zentralen Infrastrukturprogrammen; Zentralstelle für Sportanlagenbau; Sportanlagenentwicklungsplanung; Sportfachliche Grundsatzangelegenheiten für den Neubau, die wesentliche Umgestaltung und die Änderung der Zweckbestimmung landeseigener Sportanlagen;
 25. Einrichtungen des Sports: Olympiastadion (einschließlich Olympiapark); Zentrale Sportanlagen (Sportforum Berlin, Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark, Sportkomplex Paul-Heyse-Straße); Max-Schmeling-Halle und Velodrom;
 26. Staatsaufsicht über die Berliner Bäderbetriebe einschließlich Bäderangelegenheiten; Entwickeln von neuen Organisationsformen bei der Betreibung von Sportanlagen;
 27. Staatsangehörigkeits- und Einbürgerungsangelegenheiten;
 28. Personenstandswesen;
 29. Namensrecht und Namensangelegenheiten;
 30. Einwohnererfassung;
 31. Statistik;
 32. Grundsatzangelegenheiten der Bürgerdienste und Ordnungsämter;
 33. Anerkennung, Versorgung und Entschädigung der Opfer des Nationalsozialismus; Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts an Angehörigen des öffentlichen Dienstes; Zentrale Koordinierungsstelle für die beim Land Berlin eingehenden Auskunftersuchen ehemaliger Zwangsarbeiterinnen/Zwangsarbeiter nach dem Gesetz zur Errichtung einer Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“;
 34. Glücksspielordnungsrecht einschließlich der Staatsaufsicht über die Deutsche Klassenlotterie Berlin und über die Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin (DKLB-Stiftung) sowie über die Spielbanken;
 35. Allgemeine Fragen der Verwaltungsorganisation; Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen der Hauptverwaltung und den Bezirksverwaltungen; Allgemeines Geschäftsverfahren; landesweite operative Steuerung der Verwaltungsmodernisierung einschließlich Controlling;
 36. Grundsatzangelegenheiten der Informations- und Kommunikationstechnik (einschließlich Telekommunikation) sowie ressortübergreifende Planung und Steuerung (Controlling) des IuK-Einsatzes, insbesondere Einhaltung von Standards und Wirtschaftlichkeit des Infrastruktur- und Verfahrensbetriebs in der öffentlichen Verwaltung mit Ausnahme der Steuerverwaltung und der IuK-Technik der Berliner Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen, Gesamtsteuerung des E-Governments in Verbindung mit der Senatskanzlei, soweit die Verfahrensverantwortlichkeit nicht bei einzelnen Ressorts liegt;
 37. Herausgabe des Amtsblattes für Berlin;
 38. Recht des öffentlichen Dienstes mit Ausnahme der Richter, Personalvertretungsgesetz, Angelegenheiten der Einigungsstelle für Personalvertretungssachen; Landesweites Personalmanagement (ohne Personalüberhang) und landesweite Personalentwicklung; Zentrale Stelle für das Gesundheitsmanagement; Allgemeine Fragen der Personalverwaltung einschließlich des Einsatzes entsprechender IT-Verfahren (IPV, Beihilfe, Versorgung);
 39. Tarifverträge für den öffentlichen Dienst sowie Dienstvereinbarungen (§ 74 Abs. 2 PersVG), soweit sie den unmittelbaren Landesbereich betreffen;
 40. Zustimmung zu Gestellungsverträgen;
 41. Inhaltliche Gestaltung und Organisation der schriftlichen Eignungsprüfungen für die Ausbildungsbehörden des Landes Berlin für die Einstellung von Nachwuchskräften (Beamtenanwärterinnen/Beamtenanwärter/Auszubildende) für die Ausbildungsgänge im allgemeinen nichttechnischen Verwaltungsdienst;

42. Ausbildungsbehörde (Auswahl, Einstellung, Ausbildungsleitung) für Nachwuchskräfte im Vorbereitungsdienst der Laufbahnen des allgemeinen nichttechnischen Verwaltungsdienstes sowie der Ausbildungsberufe der Verwaltungsfachangestellten und der Fachangestellten für Bürokommunikation für den Bereich der Hauptverwaltung (ohne Polizei); Dienstbehörde und oberste Dienstbehörde für diese Nachwuchskräfte im Beamtenverhältnis sowie der Regierungsrätinnen z. A./Regierungsräte z. A. bis zur Anstellung, Personalstelle für Nachwuchskräfte im Angestelltenverhältnis; Ausbildungsleitung für Aufstiegsbeamtinnen/Aufstiegsbeamte, Laufbahnwechslerinnen/Laufbahnwechsler und Fachoberschulpraktikantinnen/Fachoberschulpraktikanten; Referendarausbildung in der Pflichtstation Verwaltung; Verwaltungspraktikum für Studentinnen/Studenten der Rechtswissenschaft;
43. Allgemeine Fortbildungsangelegenheiten, Koordinierung auswärtiger Fortbildungsmaßnahmen in EU-Angelegenheiten; Durchführung von Fachseminaren zu verwaltungsrelevanten Themen für leitende Verwaltungsmitarbeiterinnen/Verwaltungsmitarbeiter der Städte Moskau, Warschau, Budapest und Prag;
44. Geschäftsstelle der Prüfungsausschüsse für die Laufbahnen des mittleren, gehobenen und höheren nichttechnischen Dienstes der allgemeinen Verwaltung, Berufung der Mitglieder der Prüfungsausschüsse und Organisation dieser Laufbahnprüfungen;
45. Aufgaben der zuständigen Stelle nach dem Berufsbildungsgesetz für die Ausbildungsberufe des öffentlichen Dienstes;
46. Versetzungen von Beamtinnen/Beamten, Angestellten und Arbeiterinnen/Arbeitern gemäß Artikel 77 Abs. 2 VvB;
47. Führung von Prozessen vor den Arbeitsgerichten von grundsätzlicher oder übergeordneter Bedeutung, insbesondere bei Streitigkeiten aus der Auslegung von Tarifbestimmungen und Dienstvereinbarungen, Eingruppierungsprozessen sowie in Verfahren vor dem Bundesarbeitsgericht mit Ausnahme der Prozesse, an denen eine Wissenschaftlerin/ein Wissenschaftler oder eine Künstlerin/ein Künstler im Geschäftsbereich der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung bzw. der Regierenden Bürgermeisterin/des Regierenden Bürgermeisters – Senatskanzlei, eine Arbeitnehmerin/ein Arbeitnehmer im Geschäftsbereich der Senatsverwaltung für Justiz, der Steuer- und Zollverwaltung oder eine Angehörige/ein Angehöriger des Schul- oder Schulaufsichtsdienstes beteiligt ist;
48. Versorgung der Angehörigen des öffentlichen Dienstes, Ehrenversorgung;
49. Zustimmung zu Entscheidungen in Einzelpersonalangelegenheiten mit grundsätzlicher Bedeutung, zu außer- und übertariflichen Regelungen, zu Dienstverträgen mit Personen, für die keine Tarifverträge bestehen; Zustimmung zu Honorarregelungen und zu generellen Regelungen für Prüfungsvergütungen und für sonstige Vergütungen für freie Mitarbeiter; allgemeine Regelungen für das Dienstverhältnis der arbeitnehmerähnlichen Personen;
50. Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen und Prozessführung bei Unfällen von Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern, die auf das Land Berlin übergegangen sind (vgl. z. B. § 38 BAT, § 36 BMT-G II, § 40 VVA), mit Ausnahme der Ansprüche, die einer Wissenschaftlerin/einem Wissenschaftler oder einer Künstlerin/einem Künstler im Geschäftsbereich der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung bzw. der Regierenden Bürgermeisterin/des Regierenden Bürgermeisters – Senatskanzlei, einer Arbeitnehmerin/einem Arbeitnehmer im Geschäftsbereich der Senatsverwaltung für Justiz, der Steuer- und Zollverwaltung oder einer Lehrerin/einem Lehrer erwachsen sind;
51. Geschäftsstelle der Personalkommission;
52. Geschäftsstelle der Auswahlkommission des Senats für den Aufstieg von Beamtinnen/Beamten in den höheren allgemeinen Verwaltungsdienst;
53. Angelegenheiten des Landespersonalausschusses;
54. Vorsitz und Geschäftsführung im Verband von Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes in Berlin; Vertretung Berlins in den Arbeitgeberverbänden des öffentlichen Dienstes;
55. Benennung von Vertreterinnen/Vertretern Berlins in den Organen der Träger der Sozialversicherung und von Zusatzversorgungseinrichtungen;
56. Benennung der auf das Land Berlin als Arbeitgeber entfallenden Beisitzer für die Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit, bei Einigungs- und Schiedsstellen;
57. Aufstellung der Liste für die ehrenamtlichen Richterinnen/Richter der Disziplinargerichte;
58. Auswahl von Stipendiatinnen/Stipendiaten im Rahmen der Begabtenförderung berufliche Bildung des für Begabtenförderung zuständigen Bundesministeriums;
59. Bekanntgabe von Stellenausschreibungen internationaler Institutionen, Vermittlung von Dienstkräften der Berliner Verwaltung in andere EU-Staaten und von dort nach Berlin;
60. Einstellung und Versetzung von Beamtinnen/Beamten in den Dienst Berlins, wenn die Bewerberin/der Bewerber ein vom Senat festgesetztes Lebensalter überschritten hat (§ 48 LHO);
61. Fürsorgemaßnahmen, soweit diese über den Bereich einer obersten Dienstbehörde hinausgehen;
62. Angelegenheiten des Arbeitgebers Land Berlin für behinderte oder von Behinderung bedrohte Beschäftigte und Förderung deren gleichberechtigter Teilhabe, Einhaltung der Gesamtbeschäftigungsquote nach dem SGB IX;
63. Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes im öffentlichen Dienst Berlins;
64. Bedarfszusammenfassung (insbesondere Sammelbestellverfahren, Rahmenverträge) für die landesweite Versorgung der Berliner Verwaltung, Externer und interner Postverkehr, personengebundener Fahrdienst (Berliner Abgeordnetenhaus und Senat).

VII.

Zum Geschäftsbereich der **Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales** gehören:

1. Angelegenheiten des/der Beauftragten des Senats für Integration und Migration; Angelegenheiten der Integrations- und Migrationspolitik von grundsätzlicher oder übergreifender Bedeutung; Konzeption der Integrations- und Migrationspolitik; Entwicklung und Steuerung eines Integrationsmonitorings zur Umsetzung des Integrationskonzeptes für Berlin; Koordinierung der Maßnahmen zur interkulturellen Öffnung der Verwaltungen;
2. Koordinierung der Maßnahmen zur Integration von Zuwanderinnen/Zuwanderern; Förderung ressortübergreifender Integrationsprojekte; Durchführung ressortübergreifender Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit zur Integrations- und Migrationspolitik; Rückkehrhilfe für einkommensschwache ausländische Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer und ihre Familienangehörigen; Konzeption der Sozialdienste für Migrantinnen und Migranten;
3. Geschäftsstelle des Landesbeirates für Integrations- und Migrationsfragen und der Konferenz der Berliner Integrationsbeauftragten;

4. Antidiskriminierungspolitik des Senats aus Gründen der ethnischen Herkunft, der Religion oder Weltanschauung, des Alters, einer Behinderung oder der sexuellen Identität sowie weitere Angelegenheiten gleichgeschlechtlicher Lebensweisen; Leitstelle gegen Diskriminierung aus Gründen der ethnischen Herkunft, der Religion oder Weltanschauung, des Alters, einer Behinderung oder der sexuellen Identität;
5. Förderung ressortübergreifender Projekte zur Stärkung von Toleranz und Weltoffenheit; Landesprogramm zur Förderung von Demokratie, der Bekämpfung des Rechtsextremismus, des Rassismus und des Antisemitismus; Berliner Ratschlag für Demokratie gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus;
6. Arbeitsmarktpolitik, Arbeitszeitpolitik und Berufsstrukturpolitik; Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; Angelegenheiten des SGB III sowie alle Angelegenheiten der aktiven Arbeitsmarktpolitik im Zusammenhang mit dem SGB II; Fördermaßnahmen auf dem Arbeitsmarkt; Modellvorhaben und Pilotprojekte in der regionalen Arbeitsmarktpolitik; Arbeitsmarktpolitik für Zielgruppen; Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Strukturanpassungsmaßnahmen sowie Arbeitsgelegenheiten; Prozessangelegenheiten im Rahmen von SGB III-Maßnahmen in Landesregie; Personalwirtschaftliche Abwicklung der SGB III-Maßnahmen in Landesregie; beschäftigungs- und berufsbildungspolitische Grundsatzangelegenheiten der EU, in der europäischen Städte- und Metropolenpolitik, in europäischen Netzwerken und in Städtepartnerschaften (auch außerhalb der EU 27); Verknüpfung von Strategien der EU-Beschäftigungspolitik mit der Landesbeschäftigungspolitik, auch unter Nutzung relevanter Förderinstrumente;
7. Fragen des strukturellen, ökologischen und technologischen Wandels auf dem Arbeitsmarkt; arbeitsmarktpolitische Angelegenheiten der Wirtschaftspolitik; Mitwirkung in beschäftigungspolitischen Angelegenheiten des Arbeitsschutzes;
8. Berufsbildung (Berufsausbildung, berufliche Fortbildung und berufliche Umschulung); oberste Landesbehörde für die Berufsbildung (BBiG) und Aufstiegsfortbildungsförderung (AFBG); Umsatzsteuerbefreiungsbescheinigungen für berufsbildende Maßnahmen nach BBiG und HWO; berufliche Weiterbildung (ohne Anpassungsqualifizierung bei Investoren und bei unternehmensbezogener Bestandspflege); Mitwirkung in Fragen der berufsbildenden Schulen und der Erlangung der Ausbildungsbefähigung der Berliner Schulabgängerinnen/Schulabgänger; Mitwirkung in berufsbildungspolitischen Fragen der Jugendhilfe, der Berufsausbildung an Berufsakademien und der Berufsausbildung im öffentlichen Dienst des Landes Berlin; Bildungsurlaub; Berufsbildungsforschung; Förderung betrieblicher, überbetrieblicher und außerbetrieblicher Berufsbildung sowie der Berufsausbildung im Ausbildungsverband; Modellversuche und Pilotprojekte in der beruflichen Bildung; Berufsbildung besonderer Personengruppen; Vertretung in gesetzlichen Gremien der beruflichen Bildung; Geschäftsführung des Landesausschusses für Berufsbildung; Zuständige Stelle für die Landwirtschaft; Zuständige Stelle für die Hauswirtschaft; Anerkennung und Begutachtung von in- und ausländischen Berufsbildungsabschlüssen;
9. Oberste Landesbehörde im Sinne des SGB III und nach § 44 b SGB II (Organisationsaufsicht über die Arbeitsgemeinschaften); Vertretung des Landes Berlin in den Selbstverwaltungsorganen der Bundesagentur für Arbeit; Abstimmung der Leistungen der Arbeitsförderung gemäß SGB III und SGB II der Bundesagentur für Arbeit mit der Arbeitsmarkt-, Struktur- und Wirtschaftspolitik des Landes Berlin;
10. Arbeitsrecht (nationales und europäisches); Tarifregister; Allgemeinverbindlichkeitsklärung von Tarifverträgen; Fachaufsicht über die Entgeltüberwachung für Heimarbeit; Betriebsverfassungsgesetz (Ordnungswidrigkeitenverfahren, Anerkennung von Schulungs- und Bildungsveranstaltungen für Betriebsrätinnen/Betriebsräte); ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse;
11. Landesschlichter in Streitigkeiten zum Abschluss von Tarifverträgen in der Berliner Wirtschaft;
12. Dienstaufsicht über die Gerichte für Arbeitssachen;
13. Bekämpfung illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit;
14. Sozial- und Behindertenpolitik; Mitwirkung in überregionalen Gremien; Zusammenarbeit mit den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege in Fragen der Sozial- und Behindertenpolitik;
15. Grundsatzangelegenheiten der Pflege/Pflegeorganisation im stationären und ambulanten Bereich, Qualitätsentwicklung, Bedarfsermittlung und Landespflegeplanung; Grundsatzangelegenheiten der Förderung von Pflegeeinrichtungen, abschließende Entscheidung über die Förderung auf Grund maßgeblicher Vorschriften; Anerkennung und Förderung von niedrigschwelligen Betreuungsangeboten nach § 45 a ff. SGB XI; Grundsatzangelegenheiten des Heimrechts und dessen Umsetzung;
16. Sozialberichterstattung und Berichterstattung zur Teilhabe von behinderten Menschen; Mitwirkung und Zusammenarbeit in ressortübergreifenden Angelegenheiten anderer Senatsverwaltungen soweit diese Belange der Sozialpolitik betreffen, u. a. in Belangen der sozialen Infrastruktur, der sozialen Stadtentwicklung und der sozialen Stadt, des demografischen Wandels, der Barrierefreiheit und der Wohnformen im Alter;
17. Grundsatzfragen und gesamtstädtische Aufgaben der Wohnungslosenpolitik und -hilfe;
18. Vergütungen, Entgelte und Vereinbarungen für ambulante Dienste sowie teil- und vollstationäre Einrichtungen des Sozialwesens nach dem SGB XI und SGB XII; Behörde gemäß § 82 Abs. 3 SGB XI;
19. Angelegenheiten der Seniorenpolitik; Durchführung des Berliner Seniorenmitwirkungsgesetzes;
20. Förderung bürgerschaftlichen Engagements (Nachbarschaftshilfe, Selbsthilfe, Ehrenamt) unter gesamtstädtischen Prämissen, Weiterentwicklung der Anerkennungskultur;
21. Angelegenheiten des Betreuungsgesetzes; Anerkennung von Betreuungsvereinen nach § 1908 f. BGB sowie deren Förderung und Beratung;
22. Grundsatzfragen des Zivildienstes; Grundsatzangelegenheiten der Unterhaltssicherung für Wehr- und Zivildienstleistende und ihre Angehörigen einschließlich Stellungnahmen zu Härteausgleichsanträgen und besonders schwierigen Einzelfällen;
23. (Nachlass-)Angelegenheiten der ehemaligen sozialen Stiftungen aus dem Ostteil Berlins; Begutachtung der Anträge von Vereinigungen auf Gemeinnützigkeit und auf Anerkennung des Charakters als „Milde Stiftung“;
24. Altenhilfestrukturen im ambulanten, (teil-)stationären und komplementären Bereich, Angelegenheiten der Beratung und Betreuung in seniorengerechten Wohnformen; Angelegenheiten hospizlicher Versorgung;
25. Ausführung und Auslegung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch – SGB XII –; Grundsatzfragen der Sozialhilfe;
26. Krankenhilfe für Empfänger von Unterhaltshilfe nach dem Lastenausgleichsgesetz;

27. Bereinigung von SED-Unrecht; Häftlingshilferecht, Kriegsgefangenenentschädigungsrecht;
28. Angelegenheiten der Vertriebenen, Flüchtlinge und Spätaussiedlerinnen/Spätaussiedler, Grundsatzfragen der Statusfeststellung, Betreuung und Unterbringung;
29. Leistungen an Asylbewerberinnen/Asylbewerber und sonstige nach dem Asylbewerberleistungsgesetz anspruchsberechtigte Ausländerinnen/Ausländer, Unterbringung von Asylbewerberinnen/Asylbewerbern; Hilfen für rückkehrwillige ehemalige Asylbewerberinnen/Asylbewerber und andere berechtigte Ausländerinnen/Ausländer, soweit nicht die für Jugend zuständige Senatsverwaltung zuständig ist;
30. Politik für Menschen mit Behinderung; Angelegenheiten zur Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen von Menschen mit und ohne Behinderung; Grundsatzfragen des Landesgleichberechtigungsgesetzes einschließlich Berichtslegung; Grundsatzangelegenheiten der sozialen und beruflichen Teilhabe unterhalb des ersten Arbeitsmarktes von Menschen mit Behinderungen; Planung und Steuerung der Angebote und Dienste (insbesondere Wohnformen, Werkstätten für behinderte Menschen, Förderbereiche); Blindenwerkstätten;
31. Angelegenheiten der/des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung (Querschnittsaufgabe des Senats von Berlin gemäß § 1 des Landesgleichberechtigungsgesetzes);
32. Geschäftsstelle des Landesbeirates für Menschen mit Behinderung und der Konferenz der Berliner Beauftragten für Menschen mit Behinderung (monatlicher Jour fixe der Beauftragten für Menschen mit Behinderung);
33. Grundsatzfragen des SGB IX; Angelegenheiten nach dem Landespflegegeldgesetz;
34. Grundsatzfragen der Schuldnerberatung und Umsetzung der Insolvenzordnung (Verbraucherinsolvenz); Anerkennung von Verbraucherinsolvenzberatungsstellen;
35. Soziales Entschädigungsrecht;
36. Kriegspferfürsorge;
37. Grundsatzfragen des Sozialgesetzbuches und entsprechende Beteiligung an der Gesetz- und Verordnungsgebung auf Bundes- und Landesebene im Bereich des Sozialversicherungsrechts soweit es das Pflege-, Renten- und Unfallversicherungsrecht betrifft, einschließlich Datenschutz sowie zwischenstaatliches und überstaatliches Recht; Vorbereitung und Durchführung der Sozialversicherungswahlen;
38. Management und einheitlicher Verfahrensbetrieb von IT-Fachverfahren im Sozialwesen;
39. Oberste Landesbehörde für Leistungen, die dem kommunalen Träger gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 2 SGB II obliegen und auf die Arbeitsgemeinschaften nach § 44 b SGB II übertragen wurden (Leistungen für die Unterkunft und Heizung gemäß § 22 SGB II; Einmalleistungen gemäß § 23 Abs. 3 SGB II) einschließlich Umsetzung von § 46 Abs. 5 SGB II (Beteiligung des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung) und Aufsichtsangelegenheiten; Zusammenarbeit mit der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit und den Arbeitsgemeinschaften nach § 44 b SGB II in Angelegenheiten des kommunalen Trägers;
40. Rechtsaufsicht über die Unfallkasse Berlin, die Deutsche Rentenversicherung Berlin-Brandenburg, die Pflegekasse bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin, die Schiedsstellen nach § 76 SGB XI und nach § 80 SGB XII; Mitwirkung bei Angelegenheiten der Rechtsaufsicht über den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung Berlin-Brandenburg e. V.;
41. Staatsaufsicht über die „St. Gertraud-Stiftung“, „Stiftung Hospitälere zum Heiligen Geist und St. Georg“, „Kaiser-Wilhelm- und Augusta-Stiftung“, „Stiftung Invalidenhaus Berlin“;
42. Landesamt für Gesundheit und Soziales Berlin, soweit ihm in den vorstehenden Nummern genannte Aufgaben obliegen, einschließlich Versicherungsamt; Versorgungsamt Berlin; Orthopädische Versorgungsstelle Berlin; Krankenhäuser Berlin, Integrationsamt Berlin, Zentrale Aufnahmestelle des Landes Berlin für Aussiedler; Zentrale Leistungsstelle für Asylbewerber; Zentrale Aufnahmeeinrichtung für Asylbewerber; Deutsche Dienststelle für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht (WAST).

VIII.

Zum Geschäftsbereich der **Senatsverwaltung für Justiz** gehören:

1. Bürgerliches Recht und Handelsrecht, gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht; Strafrecht, Strafvollzugsrecht einschließlich des Rechts des Jugendstrafvollzuges und des Untersuchungshaftvollzuges, Jugendgerichtsgesetz, Strafregisterwesen, Recht der Ordnungswidrigkeiten, Verfahrensrecht der ordentlichen Gerichte, der allgemeinen Verwaltungsgerichte, der Sozialgerichte und des Finanzgerichts, Verfahrensrecht der Strafverfolgungsbehörden, Recht der Rückerstattung;
2. Gerichtsverfassungs- und Richterrecht;
3. Recht und Angelegenheiten der Rechtsanwältinnen/Rechtsanwälte, Notarinnen/Notare, Rechtsbeistände, Prozessagentinnen/Prozessagenten und Schiedsfrauen/Schiedsmänner;
4. Internationales Recht;
5. Verfassungsgerichtsbarkeit;
6. Mitwirkung bei dem Aufgabengebiet VI Nr. 1;
7. Mitwirkung bei allen Gesetzen und Rechtsverordnungen sowie sonstigen Vorlagen, die Rechtsfragen enthalten, und in den Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung;
8. Rechtsvereinigung;
9. Juristisches Ausbildungs- und Prüfungswesen;
10. Mitwirkung bei der Verwaltung und Dienstaufsicht der Gerichte für Arbeitssachen, Mitwirkung bei der Ernennung von Richterinnen/Richtern auf Probe und Richterinnen/Richtern kraft Auftrages bei den Gerichten für Arbeitssachen;
11. Rechtshilfeverkehr mit dem Ausland in Zivilsachen, in der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit, in der Sozialgerichtsbarkeit und in der Finanzgerichtsbarkeit;
12. Auslieferungen und sonstige Rechtshilfe, Verfolgungsübernahme, Vollstreckungshilfe und Auskünfte an ausländische Vertretungen in strafrechtlichen Angelegenheiten;
13. Justizvollzug, Ausbildungs- und Prüfungswesen für die Laufbahnen des Justizvollzuges, Fortbildung im Justizvollzug;
14. Angelegenheiten der Straf- und Ordnungswidrigkeitenvollstreckung, Vollstreckungs- und Gesetzgebungsangelegenheiten hinsichtlich freiheitsentziehender Maßregeln;
15. Führungsaufsicht, Bewährungs- und Gerichtshilfe für Erwachsene, Gnadenwesen;
16. Führung von Prozessen, an denen der Justizfiskus beteiligt ist;
17. Geschäfte der Justizverwaltung;

18. Gesetzgebungs- und sonstige Angelegenheiten der rechtsfähigen Stiftungen des bürgerlichen Rechts einschließlich Stiftungsaufsicht;
19. Vereinsangelegenheiten gemäß § 22, § 33 Abs. 2 sowie § 43 Abs. 2 und 4 BGB einschließlich Erteilung von Vertretungsbescheinigungen;
20. Herausgabe und Redaktion des Gesetz- und Verordnungsblattes für Berlin;
21. Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit, der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit, der Sozialgerichtsbarkeit und der Finanzgerichtsbarkeit, Strafverfolgungsbehörden, Zentrale Erfassungs- und Koordinierungsstelle für Korruptionsstraftaten in Berlin (Vorbeugung und Bekämpfung von Korruption in Berlin), Justizvollzugseinrichtungen, Soziale Dienste der Justiz, Gemeinsames Juristisches Prüfungsamt Berlin-Brandenburg (GJPA), Wiedergutmachungsämter.

IX.

Zum Geschäftsbereich der **Senatsverwaltung für Stadtentwicklung** gehören:

1. Die den Geschäftsbereichen Stadtentwicklung, Naturschutz, Bau- und Wohnungswesen und Verkehr obliegenden politischen und Steuerungsaufgaben sowie die gesetzlich zugewiesenen allgemeinen und Ordnungsaufgaben, insbesondere
2. Gemeinsame Raumordnung und Landesplanung; Angelegenheiten der MKRO; Entwicklung der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg einschließlich Interreg; Landesentwicklungsprogramm und Landesentwicklungspläne; landesplanerische Angelegenheiten der technischen und sozialen Infrastruktur, des Verkehrs, der wirtschaftlichen Entwicklung, des Schutzes natürlicher Ressourcen und der Freiraumentwicklung; Aufsicht über die Regionalplanung im Land Brandenburg; Regionalmanagement; Anpassung der Bauleitplanung an die Landesplanung; Durchführung von Raumordnungsverfahren; Braunkohlen- und Sanierungsplanung; Kommunale und regionale Kooperation und Planungsabstimmung mit Regionen und benachbarten Gebietskörperschaften einschließlich Geschäftsstelle kommunale Nachbarschaftsforen;
3. Angelegenheiten des Baugesetzbuchs und des AGBauGB; vorbereitende und verbindliche Bauleitplanung und ihre Sicherung; Sicherung der dringenden Gesamtinteressen Berlins an Bebauungsplänen der Bezirke; Festsetzung von Bebauungs-, Vorhaben- und Erschließungsplänen des Senats; Erhaltungs- und Gestaltungsverordnungen; Rechtmäßigkeit der Herstellung von Erschließungsanlagen; Grundlagen und Abschluss städtebaulicher Verträge; Prozessvertretung in planungsrechtlichen Verfahren; Planung übergeordneter Entwicklungsvorhaben und gesamtstädtisch bedeutsamer Vorhaben; Sicherung und planungsrechtliche Umsetzung dringender Gesamtinteressen Berlins; Betreuung von Investitionsvorhaben; Grundsatzangelegenheiten der Bereichsentwicklungsplanung; strategische Entwicklungskonzepte, sektorale Stadtentwicklungspläne; soziale Stadtentwicklung, Quartiersmanagement, Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf; Bevölkerungsprognose; Gestaltungsmaßnahmen im Stadtbild; städtebauliche, landschaftsplanerische und bauliche Grundsatz-, Ideen- und Realisierungswettbewerbe; Stadtökologie; Beirat für Städtebau und Stadtgestaltung (Geschäftsstelle); Stadtforum (Geschäftsstelle);
4. Durchführung des Besonderen Städtebaurechts des BauGB/städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen; Städtebauförderung einschließlich Stadtbau-Ost und -West; Wohnungsbaupotentiale-, Baulückenkataster; städtebaulicher Denkmalschutz; steuerrechtliche Bescheinigungsverfahren; Straßenbaubeitragsrecht; Erschließungsbeitragsrecht; Grundsatzangelegenheiten der Bodenvirtschaft; Mitwirkung bei Liegenschaftsmanagement/-fonds;
5. Aufgaben des Bauordnungsrechts, des Schornsteinfegerrechts und des Wohnungsaufsichtsrechts;
6. Aufgaben der Enteignungsbehörde; Feststellungsbehörde für Planungsschäden; Behörde nach § 9 Satz 2 des Wertausgleichsgesetzes;
7. Staatsaufsicht über die Architektenkammer Berlin, die Baukammer Berlin und das Deutsche Institut für Bautechnik; Fachaufsicht über die Investitionsbank Berlin in Angelegenheiten der Förderung des Wohnungsbaues, der Wohneigentumsförderung, der Wohnungsgenossenschaftsförderung und der Modernisierung/Instandsetzung;
8. Oberste Dienstbehörde für die Ordnung der Laufbahnen des bau-, vermessungs- und gartenbautechnischen Verwaltungsdienstes, des technischen Dienstes der Fachrichtungen Landespflege und Städtebau, des Forstverwaltungsdienstes, der Konservatoren, des bautechnischen Verwaltungsdienstes beim Deutschen Institut für Bautechnik sowie berufsständische Fragen dieser Berufsgruppen und der Bau- und Vermessungstechniker;
9. Förderung des Wohnungsbaues, der Modernisierung und Instandsetzung von Wohngebäuden, des Wohnumfeldes und der Stadtteilentwicklung; Wohnungseigentumsförderung, Wohnungsgenossenschaftsförderung; Modellvorhaben;
10. Wohnungswesen und Wohnungsmietenpolitik, Umsetzung der Kündigungsbeschränkung bei Wohnungsumwandlung; Preisbildung und Preisüberwachung für Wohnungen; zentrale Aufgaben der automatisierten Datenverarbeitung im Wohnungswesen;
11. Wohnungsunternehmen Berlins;
12. Angelegenheiten des öffentlichen Vermessungswesens; Angelegenheiten des Geobasisinformationssystems und der Geodateninfrastruktur; Einheitlicher geodätischer Raumbezug; Geotopographische Landesaufnahme; Herausgabe von topographischen Landeskartenwerken und Sonderkarten, Hauptstadtkartographie; Landesluftbildarchiv; Darstellung der politischen Grenzen in einem Grenzatlàs; Grundsatzangelegenheiten einschließlich Koordination der Bodensonderung; Geschäftsstelle des Gutachterausschusses für Grundstückswerte; Wertermittlung in Angelegenheiten von hauptstädtischer Bedeutung; Geschäftsstelle des Oberen Umlegungsausschusses; Gutachten zum Ausgleich von Vermögensnachteilen und zum Einsatz von Fördermitteln; Geschäftsstelle zur Erteilung von Investitionsvorrangbescheiden; Verfahrensverantwortung für DV-Verfahren des Liegenschaftskatasters;
13. Informationssystem Stadt und Umwelt (ISU), Umweltatlàs, Bodenbelastungskataster, Gemeinsamer Stoffdatenpool des Bundes und der Länder (GSBL);
14. Bauwesen, insbesondere Grundsätze für die Vorbereitung und Durchführung der Bauaufgaben Berlins mit Vergabe- und Vertragswesen; VOB- und HOAI-Beschwerdestelle; Bauwirtschaft, soweit nicht die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen zuständig ist; Unternehmer- und Lieferantenverzeichnis für öffentliche Aufträge (ULV); zentrale Informationsstelle nach dem Berliner Korruptionsregistergesetz, Führung des Korruptionsregisters; Bauforschung, Baunormung; Bestimmung der Angebotsprüfstellen für Leistungen nach der VOL für Bau- und Unterhaltungsmaßnahmen;
15. Projektvorbereitung, abschließende baufachliche Prüfung von Bedarfsprogrammen und Planungsunterlagen (ins-

- besondere Bauplanungsunterlagen) für Hochbaumaßnahmen sowie Prüfung von Architekten- und Ingenieurverträgen vor Vertragsabschluss; abschließende baufachliche Prüfung von Bauplanungsunterlagen des Tiefbaus, abschließende Prüfung und Anerkennung von Planungsunterlagen nach Maßgabe der Vorschriften für das Haushaltungswesen; Prüfung von Verwendungsnachweisen; Grundlagen für die Bewertung von Baumaßnahmen (Standards und Richtwerte);
16. Maßnahmen zur Energieeinsparung bei Hochbauten; Zustimmung zur gewählten Energieart und Fernwärmeversorgung sowie zum Abschluss von Strom-, Gas- und Wärmelieferungsverträgen bei Gebäuden und Einrichtungen der Hauptverwaltung (ausgenommen Energiewirtschaft und Aufgaben der Aufsichtsbehörde);
 17. Hochbauten für die Verwaltungen Berlins und deren Unterhaltung; bauliche Maßnahmen und Erhaltung, Unterhaltung und Wiederherstellung von Baudenkmalen und sonstigen Anlagen von denkmalpflegerischem Interesse; Projektvorbereitung von baulichen Sondermaßnahmen übergeordneter Bedeutung; Barrierefreies Bauen; Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung des Stadtbildes; Gartenbau;
 18. Verkehrslenkungs- und -steuerungsanlagen; Gleis- und Signaltechnik;
 19. Brücken, Tunnel und sonstige Ingenieurbauten für den fließenden und ruhenden Verkehr;
 20. Ermittlung und Bergung nichtchemischer Kampfmittel; Altlastensanierung landeseigener Grundstücke;
 21. Grundsatzfragen des Verkehrs; Verkehrskonzeptionen; Verkehrsentwicklungsplanung; Verkehrsplanung für Nah- und Fernverkehr; Netzplanung des öffentlichen Personennahverkehrs; Verkehrsanalysen und -prognosen; Grundsätze der Verkehrswegeplanung; Konzepte des P & R- sowie B & R-Verkehrs; Verkehrsforschung; anwendungsbezogene Verkehrstechnologie einschließlich Verkehrstelematik;
 22. Verkehrsmanagement; technische Angelegenheiten des Verkehrswarndienstes; konzeptionelle Planung der Wegweisung für den Straßenverkehr; Grundsätze des Schwerlastverkehrs;
 23. Überbezirkliche Investitionsplanung des Straßenbaus; Planung und Gestaltung des übergeordneten Straßennetzes und der gesamtstädtischen Radrouten; Grundsätze des Fußgänger- und des Radverkehrs;
 24. Angelegenheiten des Bundesfernstraßengesetzes und des Berliner Straßengesetzes; Straßenaufsicht und Widerspruchsbehörde nach Straßenrecht; Angelegenheiten Berlins bei Straßen- und sonstigen Verkehrsplanungen in Brandenburg;
 25. Angelegenheiten des Gesetzes zur Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen;
 26. Straßen- und Verkehrsrecht; Kreuzungsrecht; fachliche Angelegenheiten der Industriebahn-Gesellschaft Berlin mbH (IGB) einschließlich einer Koordinierung der Sicherung bestehender Industriegleisanlagen sowie wasserseitiger Umschlaganlagen; Zentraler Omnibusbahnhof (ZOB); Verkehrswirtschaft (soweit nicht Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen); Planung, Förderung und Lenkung des Straßen-, Eisenbahn- und Rohrleitungsverkehrs (einschließlich sonstiger spurgebundener Verkehrssysteme) sowie der Schifffahrt und der Luftfahrt; Angelegenheiten des EU-Verkehrs und sonstiger zwischenstaatlicher Verkehrsbeziehungen; Konzepte für den Wirtschaftsverkehr; Angelegenheiten des Kompetenzzentrums Verkehr;
 27. Angelegenheiten des Straßenverkehrsgesetzes, des Gesetzes über die Pflichtversicherung für Kraftfahrzeughalter sowie des Gesetzes über die Haftpflichtversicherung für ausländische Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger, des Verkehrssicherstellungsgesetzes, des Kraftfahrersachverständigen-gesetzes, des Fahrlehrergesetzes, des Personenbeförderungsgesetzes, des Güterkraftverkehrsgesetzes, des Gesetzes über die Beförderung gefährlicher Güter, der Rechtsvorschriften über die zwischenstaatliche Gefahrgutbeförderung, der Gesetze zu den Übereinkommen über sichere Container und über internationale Beförderung leicht verderblicher Lebensmittel mit Ausnahme lebensmittelrechtlicher Befugnisse, des Allgemeinen Eisenbahngesetzes, des Gesetzes über Kleinbahnen und Privatanschlussbahnen, des Magnetschwebbahnplanungsgesetzes; Gnadensachen bei Verkehrsordnungswidrigkeiten; Fachaufsicht über die Straßenverkehrsbehörden und über die Bußgeldbehörde beim Polizeipräsidenten in Berlin wegen Verkehrsordnungswidrigkeiten; Fachaufsicht über das Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten in Angelegenheiten des Fahrerlaubnis-, Fahrschul- und Fahrlehrerrechts, der Kraftfahrzeugzulassung, des Personenbeförderungsrechts, des Güterkraftverkehrsrechts und des Gefahrgutrechts;
 28. Verkehrslenkung Berlin;
 29. Angelegenheiten des Gesetzes über die Aufgaben und die Weiterentwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs im Land Berlin (ÖPNV-Gesetz) und des Regionalisierungsgesetzes; Angelegenheiten des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg;
 30. Ressortübergreifende Angelegenheiten der Verkehrsaufklärung und -unterweisung; Schifffahrt- und Hafenaufsicht sowie sonstige Angelegenheiten der Schifffahrt; nichtbundeseigene Eisenbahnen, U-Bahnen, Straßenbahnen und sonstige spurgebundene Ortsverkehrssysteme; fachtechnische Prüfung von Verkehrsleistungen, Verkehrsstatistik, Straßenstatistik;
 31. Öffentliche Beleuchtung;
 32. Naturschutz und Landschaftspflege; Landschaftsplanung, Europäisches Schutzgebietssystem „Natura 2000“, Grünflächenplanung und Grünordnung einschließlich Grün- und Erholungsanlagen, Kleingärten und Spielplätzen; Gestaltung des öffentlichen Raumes; Planung, Pflege und Unterhaltung stadtpolitisch herausragender Projekte der Freiraumgestaltung; Gartenschauen; Peter-Joseph-Lenné-Preis; Landschaftsbau an Hochbauten, Straßen der Hauptverwaltung und Bundesstraßen; landschaftsbauliche Planung, Bau- und Unterhaltung an Bundesautobahnen; Forstwesen, Jagd und Pflanzenschutz; Kleingartenwesen;
 33. Federführung bei der Erstellung einer gesamtstädtischen Lokalen Agenda 21 Berlin, Agendabüro;
 34. Oberste Denkmalschutzbehörde; Fachaufsicht über das Landesdenkmalamt; Landeskultur; Denkmalpolitik; Ständige Konferenz der Kultusminister (KMK) in Angelegenheiten von Denkmalschutz und -pflege; Deutsches Nationalkomitee (DNK); Geschäftsstelle des Landesdenkmalrates Berlin (LDR); Abschließende Entscheidungen im Dissensverfahren nach dem Denkmalschutzrecht;
 35. Berliner Forsten; Landesdenkmalamt Berlin; Pflanzenschutzamt; Grün Berlin Park und Garten GmbH; Stiftung Naturschutz Berlin;
 36. Friedhofswesen (mit Ausnahme der Anerkennung von Ehrengrabstätten) und Angelegenheiten der Krematorien; Angelegenheiten der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft, der sowjetischen Kriegsgräber und Gedenkstätten nach Artikel 18 des deutsch-sowjetischen Vertrages sowie sonstigen internationalen Abkommen;

37. Betrieb, Instandhaltung und Verwaltung sowie Planung, Entwurf und Bau der Gewässer erster Ordnung und der fließenden Gewässer zweiter Ordnung einschließlich der zugehörigen berlineigenen Anlagen;
38. Projektvorbereitung, Prüfung von Bedarfsprogrammen und Planungsunterlagen (insbesondere Bauplanungsunterlagen) des Landschafts- und Wasserbaus;
39. Koordination der Großprojekte privater und öffentlicher Baumaßnahmen im Zentralen Bereich;
40. Stadtentwicklungspolitische europäische Ziele einschließlich Betreuung der Partnerstädte (soweit nicht RBm/SKzL zuständig) und Städtenetzwerke;
41. Luftverkehrspolitik, Grundsatzangelegenheiten des Luftverkehrs- und des Luftsicherheitsgesetzes und der auf diesen Gesetzen beruhenden Rechtsvorschriften, Fachaufsicht über die Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg.

X.

Zum Geschäftsbereich der **Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen** gehören:

1. Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsförderung; Technologie- und Energiepolitik; Standortmarketing; Wirtschaftspolitische Angelegenheiten der Arbeitsmarktförderung und der Berufsbildung sowie der Steuergesetzgebung; Mittelstandspolitik; Wirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg;
2. Mitwirkung bei der Vorbereitung von Maßnahmen nach dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz; Beobachtung und Analyse sowie Prognosen und Projektionen der wirtschaftlichen Entwicklung; Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen;
3. Gewerbliche und strukturelle Förderpolitik; Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, gewerbliche Wirtschaft und wirtschaftsnahe Infrastruktur;
4. Förderung der Berliner Wirtschaft durch Herstellung des Einvernehmens mit der Senatsverwaltung für Finanzen bei der Übernahme von Bürgschaften und Rückbürgschaften für Kredite sowie von Garantien und Rückgarantien für Beteiligungen; Finanzierungshilfen zur Festigung von Unternehmen (Liquiditätsfonds, Konsolidierungsfonds und ähnliche Programme), Förderung von Existenzgründungen;
5. Ökologisch orientierte Förderinstrumente für Produzierendes Gewerbe, Handwerk und Dienstleistungen in Berlin;
6. Wirtschafts-, beschäftigungs- und regionalpolitische Grundsatzangelegenheiten der EU; Zentrale Verwaltungsbehörde für die Strukturfondsprogramme: Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), Europäischer Sozialfonds (ESF), Europäischer Ausrichtungsfonds für die Landwirtschaft; Fondsbezogene Verwaltungsbehörden und Zahlstellen sowie Finanzkontrollen und Unabhängige Stellen (EFRE; ESF, EAGFL-A/FIAF); Koordinierung der Notifizierung und Kontrolle von Beihilfen auf Landesebene, soweit nicht die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (Bereich Verkehr) zuständig ist; EU-Recht, soweit es sich um Angelegenheiten der Wirtschaftspolitik handelt;
7. Außenwirtschaftsverkehr; Förderung außenwirtschaftlicher Marketing-Strategien und außenwirtschaftlicher Kooperationen Berliner Unternehmen; Ost-West-Wirtschaftskooperation; koordinierende Landesbehörde für die interregionale (Interreg C) Förderlinie; Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ);
8. Mitwirkung in Angelegenheiten anderer Senatsverwaltungen, soweit sie Belange der Wirtschaftspolitik oder Wirtschaftsförderung betreffen; Mitwirkung in wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Angelegenheiten des Arbeitsschutzes, insbesondere Angelegenheiten der Ladenöffnungszeiten;
9. Grundsatzfragen der Entwicklungspolitik einschließlich der Mitwirkung bei Entscheidungen über entwicklungspolitische Vorhaben anderer Senatsverwaltungen, Durchführung der entwicklungspolitischen Maßnahmen des Landes Berlin in Zusammenarbeit mit den Berliner Senatsverwaltungen und entwicklungspolitischen Institutionen auf der Grundlage der „Entwicklungspolitischen Leitlinie“ des Senats; Aus- und Fortbildung von Fach- und Führungskräften aus Entwicklungsländern, Förderung von Institutionen der Entwicklungspolitik; Unterstützung von Projekten von Nichtregierungsorganisationen im In- und Ausland; Beirat „Entwicklungszusammenarbeit“; Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit;
10. Messe-, Ausstellungs- und Kongresswesen;
11. Grundsatzangelegenheiten der Innovations- und Technologiepolitik; Steuerung und Koordinierung der Innovationspolitik und der verwaltungsübergreifenden Koordination im Cluster Gesundheit; Technologietransfer; Technologiestiftung Innovationszentrum Berlin (TSB) sowie TSB Innovationsagentur Berlin GmbH, Technologie- und Innovationsrat Berlin (TIR), Technologie- und Gründerzentren, Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Berlin-Adlershof (WISTA), Biomedizinischer Forschungscampus Berlin-Buch, soweit nicht die Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung zuständig ist; Innovatives Bauen; Umwelttechnologie; Innovationspreis Berlin/Brandenburg; Weiterentwicklung der Kompetenzfelder Biotechnologie, Medizintechnik, Verkehr und Mobilität, Optische Technologien und Mikrosystemtechnik sowie Aufbau weiterer Technologieschwerpunkte; Technologieorientierte Innovationsförderpolitik und deren Umsetzung; Förderung von auf das Wirtschaftspotential ausgerichteter Grundlagenforschung, industrieller Forschung und experimenteller Entwicklung von Unternehmen allein oder in Kooperation mit Forschungseinrichtungen sowie Förderung der Markteinführung von technologischen Produkten, Dienstleistungen und Verfahren; Patent- und Erfindertwesen; Rationalisierung und Produktivitätssteigerung der Wirtschaft; Stiftung Industrieforschung; Bund-/Länderausschüsse;
12. Wirtschaftliche Aspekte der Medien einschließlich des Films und der Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH und der Informations- und Kommunikationsbranche; Entwicklung und Umsetzung von Einzelprojekten zur Förderung der Branche; Projekte der Informations- und Kommunikationstechnologie außerhalb der öffentlichen Verwaltung, der Hochschulen und der außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie der Medientechnologie; Kulturwirtschaft; Telekommunikationsinfrastruktur außerhalb der öffentlichen Verwaltung, soweit nicht Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen betroffen sind; Koordinierung der ressortübergreifenden Landesinitiative „Projekt Zukunft der Berliner Weg in die Informationsgesellschaft“; Weiterentwicklung des Kompetenzfeldes IT/Medien, Förderung der Forschung; Entwicklung, Innovation im Kompetenzfeld; Länderausschuss TIP; TK-Angelegenheiten, Bundesnetzagentur;
13. Grundsatzangelegenheiten der Energie-, Umwelt- und Verkehrswirtschaft; Energie- und Wärmewirtschaft, Energieaufsicht, Energierecht; Mitwirkung bei energiewirtschaftlichen Konzessionsverträgen; Mitwirkung im Energiebeirat; Mitwirkung bei der Entwicklung und Umsetzung eines Energiekonzeptes sowie daraus abzuleitender Energieprogramme; Vertretung in fachspezifischen Bund-/Länderausschüssen; Energiewirtschaftliche und -rechtliche Fragen der EU; Mitwirkung bei wirtschaftlichen Fragen der ratio-

- nellen Energieverwendung und der regenerativen/alternativen Energie; wirtschaftliche Fragen der Energieforschung und Energietechnologien; Bergrecht; Mitwirkung bei wirtschaftlichen Fragen der Abfall- und Kreislaufwirtschaft; Mitwirkung bei wirtschaftlichen Fragen der Wasserwirtschaft;
14. Mess- und Eichwesen; Angelegenheiten der Materialprüfung;
 15. Kammerrecht der Wirtschaft, Genossenschaftsrecht;
 16. Wirtschaftspolitische Aspekte von Verwaltungsmodernisierung und Entbürokratisierung; Landesleitstelle für Bürokratiekostenmessung in der Wirtschaft;
 17. Gewerberechtliche Grundsatzangelegenheiten; Ordnungsaufgaben einschließlich Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten auf gewerblichem Gebiet, soweit nicht andere Verwaltungen zuständig sind; Handwerksordnung einschließlich Handwerksinnungen;
 18. Handel, Handwerk, Hotel- und Gaststättengewerbe, Dienstleistungs- und sonstiges Gewerbe; freie Berufe, sofern wirtschaftliche Tätigkeit überwiegt, ausgenommen das Apothekenwesen;
 19. Qualitätsinitiative Berlin-Brandenburg; Qualitätspreis Berlin-Brandenburg;
 20. Versicherungsaufsicht über die Versorgungswerke der freien Berufe im Einvernehmen mit dem jeweils fachlich zuständigen Senatsmitglied;
 21. Kredit-, Bank-, Sparkassen-, Bauspar- und Versicherungswesen (ohne Sozialversicherung), nichtkommerzieller Zahlungsverkehr, Altbankenregelung, Kapitalverkehr, Währungsrecht, Wertpapierfragen, Börsenrecht, Recht der Unternehmensbeteiligungsgesellschaften (UBGG);
 22. Angelegenheiten der wirtschaftsprüfenden und -beratenden Berufe;
 23. Landeskartellbehörde, Wettbewerbspolitik und -recht; wettbewerbspolitische Beurteilung von Gesetzesvorhaben;
 24. Vergaberecht (VOL), Vergabekammer des Landes Berlin; Frauenförderverordnung (FFV);
 25. Preisrecht, -bildung und -überwachung (mit Ausnahme von Mieten und Pachten für Räume und Krankenhauspflugesätze) einschließlich Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten; preisrechtliche Prüfung öffentlicher Aufträge; Grundsatzfragen der Preisangabenverordnung und Bund-Länder-Ausschuss-Preisangaben;
 26. Industrie und Gewerbe einschließlich Bauwirtschaft, soweit nicht die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung zuständig ist; Beobachtung der Entwicklung dieser Wirtschaftsbereiche und Maßnahmen zur Erhaltung und Erweiterung des wirtschaftlichen Potentials von Industrie und Gewerbe; Industriedialog;
 27. Geschäftsstelle des Ausschusses für Räumungsbetroffene und Hilfsmaßnahmen für Räumungsbetroffene;
 28. Wirtschaftspolitische Aspekte der Raumordnung, Landesplanung und Grundstückspolitik; Flächenbevorratung und -bereitstellung; Industrieflächensicherung und -entwicklung, planungsrechtliche Sicherung; Angelegenheiten der BLEG i. L. und GSG; Bescheinigungsverfahren für Energieanlagen und wasserwirtschaftliche Anlagen gemäß dem Grundbuchbereinigungsgesetz;
 29. Mitwirkung bei Investorenwettbewerben im Zusammenhang mit der Wirtschaftsförderung; Grundstückspolitik für Investitionsvorhaben der Wirtschaft; übergreifende Kontakte zu den Treuhandnachfolgegesellschaften, der Bundeseisenbahnvermögensverwaltung sowie sonstigen Verfügungsberechtigten der öffentlichen Hand; Angelegenheiten und Kontakte zur BvS in Abwicklung (und deren Tochtergesellschaften); Mitglied des Landes Berlin im Abwicklungsbeirat der BvS;
 30. Leitstelle für Unternehmensansiedlungen; One-Stop-Agency; Federführung in ressortübergreifender Arbeitsgruppe;
 31. Groß- und Wochenmarktangelegenheiten;
 32. Zulassungsbehörde für Buchmacher und Totalisatoren für Pferderennen;
 33. Förderung des Tourismus und der Tourismuswirtschaft; Mitwirkung an der allgemeinen Berlin-Werbung;
 34. Notfallvorsorge für die Bereiche Ernährung, Energie und Wirtschaft; Geheimschutz in der Wirtschaft;
 35. Berliner Betriebe-Gesetz; Eigenbetriebsgesetz; Angelegenheiten der Behala GmbH, BSR AöR, BVG AöR, Berliner Wasserbetriebe AöR, Berlinwasser Holding AG, Angelegenheiten der Betriebsgesellschaft Stadtgüter Berlin mbH und der Berliner Stadtgutlienschafts-Management GmbH, Berliner Großmarkt GmbH; Messe Berlin GmbH;
 36. Rechtsaufsicht über die Anstalten des öffentlichen Rechts BSR, BVG, Berliner Wasserbetriebe, Staatsaufsicht über die Investitionsbank Berlin und die BF Rückversicherung;
 37. Angelegenheiten der Unternehmensverbände und Gewerkschaften;
 38. Post- und Telekommunikation;
 39. Betriebliche Arbeitsförderung; Existenzgründungsdarlehen für Arbeitslose;
 40. Frauen- und Gleichstellungspolitik auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene;
 41. Grundsatzangelegenheiten und ressortübergreifende Koordination des Gender-Mainstreaming in der Berliner Verwaltung;
 42. Landesgleichstellungsgesetz; Intervention, Beratung, Entgegennahme und Bearbeitung von Beschwerden bei Diskriminierungen aus Gründen des Geschlechts;
 43. Grundsatzfragen der Gleichstellung von Frauen im Erwerbsleben sowie Grundsatzfragen der Förderung der Frauenerwerbstätigkeit; arbeitsmarktpolitische Modellvorhaben und Projekte; familienpolitische Angelegenheiten der Gleichstellung;
 44. Grundsatzangelegenheiten des § 218 ff. StGB;
 45. Initiierung, Umsetzung und Weiterentwicklung von Maßnahmen zum Abbau von Gewalt gegen Frauen und Mädchen; Förderung von Hilfe- und Zufluchtseinrichtungen für von Gewalt bedrohter Frauen und ihrer Kinder;
 46. Gemeinsame Rechtsaufsicht mit der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung zum Berliner Programm zur Förderung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre;
 47. Mitwirkung an Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation ausländischer und deutscher Frauen und Mädchen und von Frauenhandel betroffener Frauen und Mädchen;
 48. Initiative, Mitwirkung und Beratung in Angelegenheiten anderer Senatsverwaltungen, soweit sie frauen- und gleichstellungspolitische Belange betreffen;
 49. Aufsicht über Industrie- und Handelskammer zu Berlin, Handwerkskammer Berlin; genossenschaftliche Prüfungsverbände; Berliner Börse; Landesbank Berlin AG einschließlich Berliner Sparkasse; Landesamt für Mess- und Eichwesen Berlin-Brandenburg; Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (für Berlin tätig auf der Grundlage des Staatsvertrages).